

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 1/18. Jg.

Mitteilungsblatt

Januar 2012

Zu diesem Heft:

Wir gedenken unseres Mitstreiters, des hervorragenden Philosophen und Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Hans Heinz Holz. Sein beeindruckender Vortrag auf unserem Friedrich-Engels-Kolloquium am 18. November 1995 in Berlin wird uns in lebhafter Erinnerung bleiben. Wir werden in seinem Sinne weiter wirken.

In diesem Heft schließen wir mit dem Vortrag von Klaus Höpcke den Abdruck von Beiträgen unserer Konferenz zum Erfurter Programm ab. Schon seit langem beabsichtigt, bot sich nun die Gelegenheit, unseren Lesern das berühmte Togliatti-Interview vom Juni 1956 wieder in Erinnerung zu rufen, das in den vergangenen 55 Jahren nichts von seinem Gedankenreichtum und seiner Aktualität eingebüßt hat. Im Gegenteil! Manches erscheint heute - angesichts der weltpolitischen Katastrophen, aber auch Kräfteverschiebungen der letzten Jahrzehnte sowie der zunehmenden Kompliziertheit der vor uns stehenden Probleme - noch bedeutungsvoller und alarmierender, auch noch mehr zu gründlichem Überlegen zwingend als damals. Konfrontiert mit einer scharfen Zuspitzung der ökonomischen, sozialen und politischen Probleme der kapitalistischen Welt, zugleich einem offensichtlichen Zurückbleiben des subjektiven Faktors hinter diesen Entwicklungen sollten Togliattis Gedanken heute von uns aufmerksamer und ernsthafter als seinerzeit aufgenommen werden.

Ferner unterbreiten wir eine Auseinandersetzung von Horst Schneider mit einer demagogischen antidemokratischen Hetzschrift - einer aktuellen Illustration zu Togliattis Aufhellung der Taktiken der bürgerlichen Reaktion zur Bekämpfung fortschrittlicher Bestrebungen.

Des weiteren stellt dieses Heft den Plan der Veranstaltungen des Arbeitskreises im Jahre 2012 vor. Sie orientieren sich auf drei eng miteinander verbundene Schwerpunkte: den Übergang des deutschen Imperialismus und Militarismus in seine faschistische Entwicklungsphase; die Restauration dieses von der Sowjetunion und ihren Verbündeten vernichtend geschlagenen deutschen Imperialismus und Militarismus im Rahmen der BRD und unter den Bedingungen des Kalten Krieges; den Kampf um den - zunehmend gefährdeten - Frieden in Vergangenheit und Gegenwart.

Schließlich enthält dieses Heft die *vollständige* Einladung zu der bereits angekündigten Konferenz "Hätte die faschistische Diktatur in Deutschland verhindert werden können?" am 31. März 2012 in Berlin.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Klaus Höpcke Grundpositionen des Erfurter Programms und die Programmatik der LINKEN	S. 3
Palmiro Togliatti Interview über die vom XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gestellten Probleme	S. 8
Prof. em. Dr. sc. phil. Horst Schneider "Ein gelernter Bär tanzt für jeden, der ihn füttert." Anmerkungen zu Hubertus Knabes Buch "Honeckers Erben"	S. 31
Veranstaltungen des Arbeitskreises 2012	S. 34
Einladung zur Konferenz "Hätte die faschistische Diktatur in Deutschland verhindert werden können?" am 31. März 2012 in Berlin	S. 36

Impressum:	Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail. E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit. Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion. Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.
Herausgeber:	Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.
Redaktion:	Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.) Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint April 2012.

Klaus Höpcke

Grundpositionen des Erfurter Programms und die Programmatik der LINKEN

Bevor ich das Erfurter Programm von 1891 und die heutige Programmatik der Partei DIE LINKE in einigen inhaltlichen Grundpositionen zueinander ins Verhältnis setze, schicke ich ein paar vergleichende Feststellungen und Erwägungen zu methodischen Stichpunkten voraus.

I. Vorab-Notizen zu Methodischem

1. Umfang

Die Kürze oder Länge, die Seiten-, Zeilen- und Zeichenzahl von Programmtexten begünstigen oder beeinträchtigen wesentlich deren Wirkungsmöglichkeiten. Das Eisenacher Programm von 1869 war zwei Buchseiten lang gewesen, das Gothaer Programm von 1875 umfasste zweieinhalb Buchseiten. In dieser Reihe bedeuteten die fünf Seiten des Erfurter Programms von 1891 eine gewisse Verlängerung. Aus dem Blickwinkel von Programmen, die heutzutage zu Papier gebracht und vorgelegt werden, erweist sich der Erfurter Programmtext von 1891 allerdings als ungeheuer kurz.

Und zur Wertung würde ich hinzufügen: beispielgebend kurz. Denn die Aufnahmechancen bei einem breiten Publikum von Mitgliedern und Sympathisierenden der das Programm zur Diskussion stellenden Partei vergrößern sich dank der Kürze spürbar.

Ich habe bei allen seit 1989 geführten Programmdiskussionen auf diesen Umstand hingewiesen. Und mir wurde jedes Mal überwiegend zugestimmt. Jedoch kein einziges Mal ist entsprechend gehandelt worden. Dass es sich bei der größeren oder geringeren Zugänglichkeit eines Programms um ein Politikum ersten Ranges handelt, wird bisher offenbar nicht wirklich verstanden.

2. Forderungen als entscheidendes Programm-Merkmal

Ein Programm ist weder Gedicht noch Roman, weder Meditation noch theoretische Exegese, weder Nacherzählung von Geschichte noch Zukunftsträumerei. In einem guten politischen Programm müssen vor allem Forderungen erhoben werden. Das gelingt am besten in der schlichten Prosa des katalogartigen Auflistens, der Aneinanderreihung dessen, was getan und erreicht werden soll. Dabei geht es sowohl um kurzfristige Aufgaben (Minimalprogramm) als auch um langfristige Ziele (Maximalprogramm).

Das Erfurter Programm hat das Anzustrebende in zehn gesamtgesellschaftlich-politischen Forderungen und fünf Forderungen für eine nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung übersichtlich aufgelistet. In derartiger konzentrierter Gestalt bieten neuere programmatische Texte und Entwürfe die Forderungen der Partei DIE LINKE bisher selten oder überhaupt noch nicht.

3. Begründungen und Erläuterungen - was sie sollen und was sie nicht sollen

Friedrich Engels hat in seinen Bemerkungen zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891 festgestellt, dass die darin formulierten "Erwägungsgründe" an dem Versuch leiden, zwei unvereinbare Dinge zu vereinigen: sowohl Programm wie *Kommentar* zum Programm zu sein. "Man fürchtet", schrieb er, "nicht deutlich genug zu sein, wenn man kurz und schlagend ist, und setzt deshalb Erläuterungen hinein, die die Sache breit und schleppend machen. Nach meiner Ansicht hat das Programm so kurz und so präzise wie möglich zu sein." Und weiter: "Selbst wenn auch einmal ein Fremdwort oder ein nicht auf den ersten Blick in seiner ganzen Tragweite

zu erfassender Satz vorkommt, schadet das nichts. Der mündliche Vortrag in den Versammlungen, die schriftliche Erklärung in der Presse tut da alles Nötige, und der kurze, prägnante Satz befestigt sich dann, einmal verstanden, im Gedächtnis, wird Schlagwort, und das passiert der breiteren Auseinandersetzung nie. Man opfere der Rücksicht auf Popularität nicht zu viel, man unterschätze nicht die geistige Begabung und Bildungsstufe unserer Arbeiter. Sie haben weit schwerere Dinge verstanden als das kürzeste, knappste Programm ihnen bieten kann, und wenn die sozialistengesetzliche Zeit auch die volle Durchbildung der neuhinzugekommenen Massen erschwert und stellenweise verhindert hat - unter der Leitung der Alten wird das bald nachgeholt, jetzt, wo unsere Propagandaschriften wieder ungestört aufbewahrt und gelesen werden können."

Bei uns sehe ich die Neigung, Programm und Kommentar miteinander zu vermischen, ineinander übergehen zu lassen, hauptsächlich durch die Scheu verursacht, programmatische Aussagen strikt auszudrücken. Statt dessen wird es nicht selten vorgezogen, verschieden deutbar zu umschreiben, worum es gehen soll. Kommentarartige Einsprengsel, die auf solche Weise verwässern, sind für die Stärkung des Linken und der Linken nicht hilfreich und fordern Gegenrede heraus.

Kommentare jedoch, die einleuchtende Argumente darlegen, bedenkenswerte Erfahrungen zur Sprache bringen, Logik kultivieren und allgemeingültige Erkenntnisse auf das Finden von Lösungen für programmatische Streitfragen anwenden, werden noch und noch gebraucht.

4. Sprache

Zu Beginn habe ich von dem Einfluss gesprochen, den der Umfang - die Länge oder Kürze - eines Textes auf seine Zugänglichkeit hat. Ähnlich elementar wirkt die Sprache, in der ein Text abgefasst ist, auf seine Wirkungsmöglichkeit oder -unmöglichkeit. Verstehbarkeit öffnet oder schließt die Ohren für das, was gesagt werden soll. Es geht um Worte, die im allgemeinen Sprachgebrauch bekannt sind, um Begriffe, deren Sinn Verständnis fördert.

In seinem am 1./2. Oktober 2011 im ND veröffentlichten Gespräch über die Frage "Wie weiter mit der LINKEN?" berichtet Gregor Gysi, wie er zu bestimmten Zeiten den Begriff des Kapitalismus kaum gebraucht, sondern ohne diesen Begriff das erklärt habe, was ihn an der Gesellschaft stört. "Mit einer Kapitalismuskritik, die den Zugang zu den Menschen suchte, aber ich habe es nicht so genannt." So weit habe ich keinen Einwand. Wenn es bei ihm dann aber heißt: "Manche haben einen Tick ins Dogmatische. Sie sagen, sie ließen sich von anderen niemals die Vokabeln vorschreiben", melde ich Zweifel an gegenüber der Folgerung: "Sie reden, egal ob sie die Leute erreichen." Sein Bemühen, sagt er, sei ein anderes. Er wolle, dass die Leute ihm zuhören, dass sie seine Kritik verstehen. Bei Vokabeln mache er gern Kompromisse, aber nicht in der Sache. Mein Einwand: Leider haben wir doch auch die Erfahrung machen müssen, dass in Zeitungsartikeln von linken Autoren, in Reden von Politikern der LINKEN, in Beiträgen zur Diskussion von Programmentwürfen Kompromissbereitschaft gegenüber den Vokabel-Vorgaben der Konzern-Blätter und öffentlich-rechtlichen Sende-Anstalten in Kritiklosigkeit in der Sache übergang. Und davor sollten wir uns hüten.

Zu dieser Problematik gehört ferner sparsamer Gebrauch von Fremdwörtern und bei deren Gebrauch das Bemühen, sie zu übersetzen, und zwar richtig.

Was die Sätze angeht, mit denen Leserinnen und Leser vergrault werden, gehören Gebilde von bandwurmartiger Länge und schlangenartige Wendungen des Verklausulierens an die Spitze dessen, was überwunden werden muss.

II. Inhaltliche Grundpositionen der Programmatik der LINKEN 2011 und ihr Bezug zum Erfurter Programm 1891

Friedrich Engels leitete seine Kritik des Sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891 mit den Feststellungen ein: "Der jetzige Entwurf unterscheidet sich sehr vorteilhaft vom bisherigen Programm. Die starken Überreste von überlebter Tradition - spezifisch lassallischer wie vulgärsozialistischer - sind im wesentlichen beseitigt, der Entwurf steht nach seiner theoretischen Seite im ganzen auf dem Boden der heutigen Wissenschaft und lässt sich von diesem Boden aus diskutieren."

Erfreulicherweise können wir über die vom Erfurter Parteitag 2011 zu beschließende Programmatik ähnlich positiv sprechen. Der Entwurf ist erfüllt von einer Substanz, zu der 90 Prozent unserer Delegierten und Mitglieder Ja sagen können. Und so wie ich einige Zeilen weiter oben Auffassungsunterschiede mit Gregor Gysi in Sachen Vokabel-Gebrauch angedeutet habe, so kann ich dem, was er am Ende des zitierten Interviews dazu sagt, was die LINKE im Kern von allen anderen Parteien unterscheidet, voll und ganz zustimmen. Nämlich: "Das ist die Frage der Eigentumsgerechtigkeit. Das war historisch immer so. Heute haben wir zusätzlich die Erfahrung aus dem Scheitern des Staatssozialismus zu ziehen. Und deshalb werden wir sagen: Wir wollen private Kleinbetriebe, wir wollen private mittlere Betriebe, es ist wichtig, dass Konkurrenz auf einem Markt herrscht - das erhöht die Qualität, es senkt die Kosten, es führt zur Effizienz, es kann auch Preise senken. Wir werden aber zugleich sagen, in großen Unternehmen soll Schritt für Schritt Miteigentum der Belegschaften entstehen, denn sie schaffen die Werte und brauchen Mitentscheidungsrechte. Und wir werden öffentlich-rechtliches Eigentum bei Banken, den Energieriesen und in der öffentlichen Daseinsvorsorge fordern, damit demokratische Gremien dafür zuständig werden." Das wäre für ihn die wichtigste inhaltliche Botschaft von Erfurt. Für unterstützenswert an Gysis Aussage zum öffentlich-rechtlichen Eigentum halte ich auch, dass auf die Wiederholung des falschen Satzes im Programmentwurf (Zeilen 1084/1085), in welchem abweichend von den geschichtlichen Tatsachen so formuliert wird, als ob in der DDR "allumfassendes Staatseigentum" geherrscht habe, verzichtet wurde.

Gysis Erwartung an die wichtigste inhaltliche Botschaft des Erfurter Parteitages sehe ich in Übereinstimmung mit den drei Grundideen, die in der Präambel des Programms als dessen Leitideen vorgestellt werden:

- Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität. In einer so angelegten solidarischen Gesellschaft ist die Dominanz des Profits überwunden, und verlässliche und gute Lebensbedingungen für alle sind das Ziel des Wirtschaftens.
- Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur. Sie erfordert einen sozial-ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums.
- Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen wird als ein längerer emanzipatorischer Prozess betrachtet und behandelt, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.

Ich übergehe jetzt die Abschnitte I (Woher wir kommen, wer wir sind), II (Krisen des Kapitalismus - Krisen der Zivilisation) und III (Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert), in denen weitgehend das behandelt wird, was Engels 1891 als Kommentar eingeordnet hat. Die Programm-Forderungen des Textes von 2011 lesen wir im Abschnitt IV (Linke Reformprojekte - Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung). Auf die Fragen und die Teilantworten, die sich darin finden, komme ich gleich zu sprechen.

Vorher sei am Beispiel eines einzigen Satzes aus Abschnitt I verdeutlicht, dass auch zu dem dort Formulierten manches zu sagen - und so auch: einzuwenden - bleibt.

Im Geschichtsabschnitt wird bei der Behandlung der Jahre zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg auch auf die Tatsache eingegangen, dass die Spaltung der Arbeiterbewegung den Aufstieg der deutschen Faschisten erleichtert hat und gemeinsamen Widerstand gegen ihre Machtübernahme verhinderte. Dann folgt der Satz: "Das Ermächtigungsgesetz Hitlers im Jahre 1933 beendete die Weimarer Demokratie." (Zeilen 223/224). So aber sieht doch Glattschreiberei im Interesse der an der Zerstörung der Weimarer Republik beteiligten Kräfte aus. Wahrheitsgemäß müsste gesagt werden: "Im Reichstag stimmten die Abgeordneten von sieben bürgerlichen Parteien per 'Ermächtigungsgesetz' für Hitlers totale Macht und damit das Ende der Weimarer Demokratie."¹ Das waren 72 Abgeordnete des Zentrums, 53 Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei, 19 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, fünf Abgeordnete der Deutschen Staatspartei, vier Abgeordnete von Volksdienst (Evangelische Bewegung), zwei Abgeordnete der Deutschen Bauernpartei und ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei. Also von den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien, in deren Nachfolge nach 1945 CDU, CSU und FDP in der Politik der Bundesrepublik angetreten sind, 1933 im Chor ein einhundertsechsfaches "Ja. Ja. Ja. Ja. Ja ..." an der Seite von 288 unmittelbaren Stimmen der Nazis für Hitlers absolute Ermächtigung!

Die 81 kommunistischen Abgeordneten und 20 sozialdemokratische Parlamentarier waren durch Fahndungsbefehl, Festnahme, Schutzhaft oder ähnliche Mittel von der Sitzung ferngehalten. 94 anwesende SPD-Abgeordnete stimmten mit Nein. Ein derartig dramatisches Ereignis mit beträchtlicher Anregungskraft für Selbstkritik der an Hitlers "Ermächtigung" schuldhaft beteiligten Parteien darf nicht so retuschiert werden wie in dem zitierten Satz geschehen.

Zurück zu den in Abschnitt IV aufgeworfenen Teilfragen und Antwort-Sätzen. Ich referiere sie in Stichworten:

1. Wie wollen wir leben? Gute Arbeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Gute Arbeit / Aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik / Den Finanzsektor demokratisch kontrollieren und dem Gemeinwohl verpflichten / Nachhaltige Agrarwirtschaft und ländliche Entwicklung / Förderung strukturschwacher Regionen, Verantwortung in Ostdeutschland / Umverteilung und gerechte Steuern / Soziale Sicherheit im demokratischen Sozialstaat

2. Wie wollen wir entscheiden? Demokratisierung der Gesellschaft

Stärkung der Parlamente und partizipative Demokratie / Demokratische Kommunen / Konsequente Umsetzung der Gewaltenteilung - Selbstverwaltung der Justiz einführen / Demokratisch kontrollierte Medien / Demokratie in der digitalen Gesellschaft / Stärkung der individuellen Rechte / Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit / Einwanderungsland Deutschland / Antidiskriminierungspolitik / Gleichberechtigung für Dänen, Friesen, Sorben, Sinti und Roma / Das Alter würdigen / Emanzipatorische Bildung / Kultur ist unser Fundament / Wissensproduktion und Urheberrecht / Kirchen und Religionsgemeinschaften / Faschismus und Rassismus bekämpfen

3. Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft? Sozial-ökologischer Umbau

Klimaschutz und Energiewende / Natur ist unser Leben / Mobilität für alle - ökologische Verkehrswende / Regionale Wirtschaftskreisläufe

4. Wie wollen wir die Europäische Union grundlegend umgestalten? Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Ökologie und Frieden

5. Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung

Frieden in Solidarität statt terroristischer Krise / Reform und Stärkung der Vereinten Nationen / Abrüstung und strategische Nichtangriffsfähigkeit / Internationale Zusammenarbeit und Solidarität

Zur gleichen Zeit, da wir hier in der Nähe der Sozialisten-Gedenkstätte Friedrichsfelde in unserem Arbeitskreis Beziehungen zwischen dem Erfurter Programm von 1891 und heutiger Programmatik der LINKEN erörtern, tagt im Auditorium Maximum der Humboldt-Universität die Konferenz "Kurs halten - ein Programm für die Mehrheit". Zu deren Auftakt sprach Genossin Sahra Wagenknecht. "Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik und zum kapitalistischen System" hatte sie ihren Vortrag überschrieben, in welchem sie zugleich den Leitantrag zum Programm vorstellte.

Dieser Rede zuzuhören, war ein intellektueller Genuss, ein emotionales Erlebnis, eine einprägsame politische Positionsbestimmung, für die von den 500 im Audimax versammelten Zuhörern am Schluss ein leidenschaftlich starker und demonstrativ ungewöhnlich lang andauernder Beifall dankte.

"Das ist in seiner Grundsubstanz ein konsequent linker, konsequent antineoliberaler, konsequent antikapitalistischer und konsequent antikriegsorientierter Programm-entwurf", sagte Sahra Wagenknecht über das Hauptdokument, das dem Erfurter Parteitag zur Beratung und Beschlussfassung vorliegt. Zu der Erkenntnis, dass einem solchen Programm eine Politik entspricht, mit der "Wir gegen alle" (anderen Parteien) agieren, scheint nicht aufzufallen, dass wir gleichzeitig auch die Situation haben: Alle gegen uns. Denn immer, wenn es gegen uns geht, seien sie sich wunderbar einig. Da gebe es zwischen Grünen und SPD, CDU und FDP kaum einen Unterschied. Die Rednerin weiter: "Wenn wir als Linke unsere Forderungen formulieren, dass wir wollen, dass Menschen von ihrer Arbeit wieder leben können, dann stehen wir mit solchen Forderungen gegen alle. Wenn wir beispielsweise ganz klar sagen: Wir wollen Leiharbeit verbieten, weil das eine moderne Form der Sklaverei ist, dann stehen wir damit gegen alle anderen Parteien. Wenn wir sagen: Wir wollen keine Hungerlohnjobs, wir wollen keine Hartz IV-Drangsaliererei und wir wollen auch keinen Riester-Schwachsinn ... Mit diesen Forderungen und natürlich auch mit der Forderung nach einem Mindestlohn von zehn Euro - keiner von denen will einen Mindestlohn von zehn Euro, und es ist ja immer noch wenig, aber wenigstens das -, auch damit stehen wir allein ..."

Nicht minder klar Sahra Wagenknechts Aussage zu Krieg und Frieden in unserer Programmatik und Politik: "Der zweite Punkt - das ist für uns alle, glaube ich, wirklich ein Kernbestandteil dieses Programm-entwurfs - dass DIE LINKE ohne Wenn und Aber eine klare Antikriegspartei ist. Und dass wir deutlich sagen: wir müssen nicht im Einzelfall prüfen, ob man Menschenrechte vielleicht doch herbeibomben kann. Sondern wir sind überzeugt: Krieg ist die größte Menschenrechtsverletzung, und mit Krieg wird nie ein Problem gelöst." Keine andere Partei außer der Linken rede über die ökonomischen Interessen, die hinter diesen Kriegen stehen. "Und das Schlimme ist, auch in der Kriegsfrage sind sich alle anderen Parteien mehr oder weniger einig ..." Seit der Erfahrung im Libyen-Krieg müsse man sich außerdem fragen, wer hier der freudigere, wer hier der größere Kriegsanhänger ist in diesem Parteienkartell. Dazu Wagenknechts Kommentar: "Wir haben ja immerhin erlebt, dass ein FDP-Außenminister sich enthalten hat und dann Grüne und SPD Kritik formuliert haben, weil sie am liebsten

auch in Libyen mitbomben und sich beteiligen wollten. Ja, das sind doch keine Parteien, die in dieser Aufstellung Partner für uns sein können!"

Die Tatsache, dass im Programmentwurf nach wie vor "Haltelinien" formuliert werden, sei wichtig, denn: Glaubwürdigkeit ist für eine linke Partei von größerem Gewicht als für bürgerliche Parteien, und dazu gehöre eine konsistente Politik. Die Linke brauche Haltelinien, die deutlich machen, was mit ihr definitiv nicht geht und was wir auch in keinem Fall mittragen, denn die Linke ist "eine Partei, die auf keinen Fall dabei sein wird, wenn es Sozialkürzungen gibt, wenn es Privatisierungen gibt, wenn der öffentliche Dienst geschwächt wird, oder wenn Kriege geführt werden".

Sahra Wagenknecht würdigte die sehr klare, nicht beschönigende Kapitalismus-Analyse im Programmentwurf einschließlich der Forderung: wir wollen ihn überwinden, denn zu seinem Wesen gehören soziale Kontraste, Kriege und immer wieder Krisen. Auf die Kernfrage Eigentum eingehend, die ich in diesem Beitrag an anderer Stelle schon berührt habe, akzentuierte sie, dass es besonders darum geht, die Herrschaft der Schichten der Eigentümer von Kapital über die Gesellschaft zu überwinden, und würdigte Bewegungen wie die der "Occupy Wallstreet" und die Anstöße, die sie für den Kampf gegen den Bankrott der Demokratie geben können.

Anmerkung

1 Dieser Änderungsvorschlag ist im verabschiedeten Programm berücksichtigt.

Dokument

Palmiro Togliatti

Interview über die vom XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gestellten Probleme

Mit diesem Interview griff Palmiro Togliatti (1893 - 1964), der langjährige Führer der italienischen Kommunisten, eine der großen Gestalten der kommunistischen Weltbewegung des 20. Jahrhunderts, im Juni 1956 in die vom XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) ausgelöste politische und theoretische Debatte ein. Seine zugleich kühnen und ausgewogenen, vorwärtsdrängenden und zu Nachdenklichkeit anregenden Überlegungen wiesen den Weg einer produktiven und vor allem konsequenten Auseinandersetzung mit den aufgeworfenen Problemen. Togliatti forderte, von der Erörterung von Oberflächenphänomenen und Symptomen (z. B. des Personenkults) zur tiefgründigen Analyse der gesellschaftlichen Grundlagen und Ursachen der stalinistischen Deformationen und Fehlentwicklungen vorzudringen, um deren Wurzeln zu beseitigen, ihre Wiederholung bzw. ihr Fortwirken auszuschließen und ein Vorwärtsschreiten zu sichern. Er kennzeichnete bürokratische Leitungsmethoden, -mechanismen und -apparate auf allen Ebenen und in allen Bereichen, die Herausbildung eines neuen Typs bürokratischer Führung als einen Grundmangel der (frühen) sozialistischen Gesellschaft sowjetischen Typs und benannte als das zentrale Problem die Entwicklung einer lebendigen sozialistischen Demokratie (einschließlich einer Dezentralisierung der Wirtschaftsleitung), vor allem der schöpferischen Kritik und Aktivität der Massen. Nachdrücklich plädierte er für die internationale Einheit der Kommunisten in ihrer ganzen, den sehr differenzierten konkreten nationalen Bedingungen entsprechenden Vielfalt. Bei seiner grundsätzlichen Kritik realsozialistischer Fehlentwicklung

und Defizite macht Togliatti bürgerlichen Wertvorstellungen und demagogischen Klischees nicht die geringsten Zugeständnisse.

Palmiro Togliattis Darlegungen vom Juni 1956 sind ein bedeutendes Dokument der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts. Sie beweisen überzeugend, dass diese Bewegung zu dieser Zeit durchaus über die politischen und geistigen Potenzen verfügte, die (vor allem mit den stalinistischen Einflüssen und deren Auswirkungen verbundenen) sie hemmenden Faktoren zu überwinden, die reale Chance hatte, weiter voranzuschreiten.

Diese Chance wurde vertan. Togliattis Ausführungen, geradezu ein theoretisch-politisches Aktionsprogramm zur Lösung der Krise des realsozialistischen Systems (und der kommunistischen Bewegung) - als sie noch lösbar war - und zur Erneuerung der revolutionären Impulse der Oktoberrevolution, wurden von der Führung der KPdSU wie auch den Führungen der SED und der anderen "marxistisch-leninistischen" Parteien zurückgewiesen, in den Geruch des Revisionismus gebracht und verdrängt. Trotz gewisser, nicht unwichtiger Korrekturen nach dem XX. Parteitag nahm der Problemstau zu; die Krise vertiefte sich. Dennoch haben Togliattis Überlegungen weit mehr als historisches Interesse zu beanspruchen. Wer ernsthaft nach Wegen über den Kapitalismus hinaus sucht, kommt an ihnen nicht vorbei.

Das Togliatti-Interview wurde in der vorliegenden deutschen Übersetzung in der Tageszeitung "Freies Volk" (Chefredakteur: Max Schäfer), dem Zentralorgan der wenige Wochen danach vom BRD-Regime verbotenen KPD, am 23./24. und 26. Juni 1956 veröffentlicht. Das "Neue Deutschland", Organ des ZK der SED, brachte einen knappen, zusammenfassenden Überblick über das Interview. In den 1977 im Dietz Verlag erschienenen Sammelband: P. Togliatti, Ausgewählte Reden und Aufsätze, wurde das Interview nicht aufgenommen.

Im folgenden werden die Ausführungen P. Togliattis im vollen Wortlaut wiedergegeben. Notwendige Ergänzungen sind in [] gesetzt; desgleichen die einleitende redaktionelle Vorbemerkung sowie die redaktionellen Zwischenüberschriften des "Freien Volk", die belassen wurden, weil sie den Überblick erleichtern.

Heinz Karl

[Die Zeitschrift "Nuovi Argomenti" hat einer Gruppe von Persönlichkeiten der politischen und kulturellen Welt neun Fragen über einige durch den XX. Kongreß der KPdSU aufgeworfene Probleme gestellt. Wir beginnen heute mit der Veröffentlichung des vollständigen Textes und werden diese fortsetzen. Folgende Antworten hat Genosse Palmiro Togliatti auf die Fragen von "Nuovi Argomenti" gegeben:]

1. Welche Bedeutung hat Ihrer Ansicht nach die Verurteilung des Persönlichkeitskults in der UdSSR? Welche innerpolitischen, außenpolitischen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen, psychologischen und geschichtlichen Beweggründe hat diese Verurteilung?

Die Verurteilung des Persönlichkeitskults¹, welche die Kommunisten der Sowjetunion zum Ausdruck gebracht haben, und die Kritiken an Stalins Werk bedeuten meiner Ansicht nach genau das, was von den kommunistischen Führern der Sowjetunion gesagt worden ist und wiederholt wird: Nicht mehr und nicht weniger. Ich warne vor allem vor zwei Irrtümern.

[Erstes großes Vorbild revolutionärer Tätigkeit für die Machtergreifung der Arbeiter]

Der erste, größlichste, ja sogar lächerlichste Irrtum ist es zu glauben - oder angeblich zu glauben -, daß die sowjetischen Kommunisten, als sie diese Beurteilungen und Kritiken formulierten, zur Einstellung wenn nicht gerade des Antikommunismus, wenigstens doch zu der jener Leute, die ihre Handlungsweise niemals gebilligt noch verstanden haben, über[ge]gangen seien. Ich meine, als wenn sie alle ihre grundsätzlichen und praktischen Einstellungen, ihre ganze Vergangenheit, alles, was sie erklärt, aufrechterhalten, verteidigt und in vielen Jahrzehnten ihrer Arbeit verwirklicht haben, über Bord geworfen hätten oder jetzt über Bord werfen wollten. Ich verstehe sehr wohl, daß die Bannerträger des Antikommunismus den XX. Parteitag auf diese Weise auslegen, es besteht aber kein Grund, daß wir ihnen heute mehr Recht geben als gestern. Und übrigens decken sie selbst ihr Spiel auf, indem sie es bis zur Übertreibung führen wie stets und so ihre Unehrllichkeit bloßstellen.

Ich will und kann jedoch durchaus nicht in Abrede stellen, daß es auch Leute gibt, die aus wirklich gutem Glauben zu einer solchen Einstellung abgleiten und sich zu fragen beginnen, ob angesichts dieser Kritik an Stalin und angesichts der Tatsache, daß Stalin der Hauptexponent der kommunistischen Politik einer ganzen Epoche gewesen ist, man nicht etwa heute die Richtigkeit sämtlicher Hauptmomente dieser Politik in Frage stellen müsste, und zwar einerseits zum Beispiel von der entschiedenen Opposition gegen die Pläne des Imperialismus in der jetzigen Nachkriegszeit zurück über Jalta und Teheran bis zum Nichtangriffspakt mit Deutschland im Jahre 1939, zum spanischen Kriege usw. usw., und andererseits zurück bis zu den Richtlinien des sozialistischen Wirtschaftsaufbaues und der Bekämpfung aller, die ihn behinderten, und endlich, da wir nun einmal dabei sind, bis zu den entscheidenden Taten der Oktoberrevolution, die in der Machtergreifung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, der Auflösung der Konstituierenden Versammlung und der Schaffung einer neuen politischen Gesellschaftsstruktur bestanden. Denen, die gutgläubig einer solchen Auffassung huldigen möchten, müssten wir sagen, daß sie irren.

Natürlich kann über alle Handlungen, wodurch die sowjetischen Kommunisten die Macht errungen [haben] und zur gegenwärtigen sozialen Ordnung gelangt sind, immer diskutiert werden und wird es auch zweifellos noch lange Zeit, um den Charakter, den Inhalt und die Folgen dieser Handlungen genau zu bestimmen und sie so richtig wie möglich geschichtlich einzuschätzen. Die sowjetischen Genossen stehen heute im Begriff, ihre Geschichtsschreibung von Irrtümern und Übertreibungen zu befreien, die hineingebracht worden waren, um die Gestalt Stalins über Gebühr zu verherrlichen, und dies wird eine genauere geschichtliche Beurteilung ermöglichen. Es ist sehr wohl möglich, sogar leicht vorauszusehen, daß viele Urteile berichtigt werden, daß die Kritiken an bestimmten Schwächen, Irrtümern, negativen Seiten der in entscheidenden Momenten durchgeführten Maßnahmen genauer und deutlicher gemacht werden. Es wäre jedoch eine irriige Annahme, wollte man diese besondere Revision, die alle Menschen und Geschehnisse ins richtige Licht zu setzen bestrebt ist, so beurteilen, als bedeute sie seitens der sowjetischen Kommunisten eine radikale Abkehr oder restlose, vernichtende Kritik an ihrer gesamten Tätigkeit, wie diese sich in nunmehr über einem halben Jahrhundert abgespielt hat.

Ihre Taten bleiben in ihrer Entwicklungslinie durch die allen bekannten Etappen das erste große geschichtliche Vorbild konsequenter revolutionärer Tätigkeit zum Aufstieg der Arbeiterklasse zur Führung der Gesellschaft und für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

[Die Debatte in den führenden sowjetischen Organen]

Der zweite Irrtum besteht darin, daß die Kritik an Stalin und die Absage an den Personenkult nur als Episoden eines Kampfes zwischen Personen oder Gruppen betrachtet werden, der sich unter den Führern der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates entwickle und in der Hauptsache nichts als ein Kampf um die Macht sei. Die große kapitalistische Presse ganz besonders hat diese Auslegung eifrig betrieben und sie auf alles, was in der Sowjetunion geschieht, ausgedehnt. Dazu hat diese Presse ihre Spezialisten, die bei jedem Wechsel des Verantwortlichen für das eine oder andere Ressort, für die eine oder die andere Organisation fähig sind, genau abzuwägen, wie viel Gramm politischen Einflusses der eine oder andere Führer verloren hat, wie viel Meter diese oder jene Gruppe näher an die Macht gekommen ist usw.

Die größten Albernheiten werden dann gesagt, wenn man aus diesen spitzfindigen Einschätzungen und Vermutungen auf Gegensätze schließen will, sogar auf Kämpfe zwischen Zivilisten und Militärpersonen zum Beispiel, zwischen Fachleuten und Parteimenschen usw. usw. Der Fachmann und der Parteimensch sind sehr oft in der Sowjetunion dieselbe Person; was die Militärpersonen angeht, hat es bekanntlich in allen inneren Parteikämpfen seit der Revolution und nachher niemals eine besondere Stellungnahme der bewaffneten Macht als solche gegeben. So etwas müssen wir also den Dilettanten und politischen Klatschbasen überlassen. Wir können und wollen nicht leugnen, daß bei der Herausarbeitung der neuesten politischen Maßnahmen und Beurteilungen durch die sowjetischen Führer unter ihnen Meinungsverschiedenheiten über einzelne Punkte, Debatten und sogar lebhaftere Diskussionen entstanden sind. Ein lebendiger politischer Organismus muß so funktionieren, seine innere Tätigkeit darf nicht am Kult einer einzigen Person ersticken.

Es besteht jedoch kein Anhaltspunkt noch irgendein Anzeichen für die Glaubwürdigkeit einer solchen Darstellung finsterner Machtkämpfe, die sich in den Kritiken an Stalin und am Personenkult abgespielt hätten. Diesbezüglich kann man sogar noch weiter gehen. Man braucht nur oberflächlich um den großen Anteil zu wissen, den Stalin am Aufschwung der Parteikader und -mitglieder, aber auch in der großen Volksmasse gehabt hat, um die ganze Schwierigkeit der Situation zu erfassen, die nach seinem Hinscheiden entstand, vor allem die ganze gefährvolle Schwere der Aufgabe, die von ihm begangenen Irrtümer zu berichtigen, diese Irrtümer aufzudecken und auf einem Wege mit vielen neuen Ausblicken voranzugehen. Diese offenbare Schwierigkeit erklärt, weshalb die offene Darlegung früher begangener Irrtümer nicht sofort nach Stalins Tode vorgenommen werden konnte. Sie wäre nicht allein unverstanden geblieben, sondern hätte vielleicht negative, gefährliche und unkontrollierbare Reaktionen hervorgerufen.

Dagegen hat die Richtigstellung der Irrtümer durch Taten zuerst hinsichtlich der Führungsmethode und dann auf anderen Gebieten ganz offenbar sofort begonnen. Ebenso offensichtlich ist es jedoch auch, daß diese Berichtigung von keiner Führungsgruppe hätte durchgeführt werden können, in der ein finsterner Kampf zwischen Personen und Gruppen um die Macht wütete. Das beweist gerade die Beseitigung Berijas, eines der Hauptverantwortlichen für die blutigsten Folgen der schwersten Irrtümer unter Stalins Führung. Sie konnte tatsächlich rasch, ohne Erschütterungen in der führenden Gruppe und jeglichen Konflikt unter verschiedenen Sektoren der öffentlichen Verwaltung vor sich gehen.

Abschließend muß also über diesen Punkt noch gesagt werden, daß wir uns daran gewöhnen müssen zu glauben, daß die Kritik an Stalin und am Personenkult für die sowjetischen Genossen genau das bedeutet, was sie bis jetzt gesagt haben. Und was ist das? Daß infolge der Irrtümer Stalins und des Personenkults sich negative Elemente angesammelt hatten, daß ungünstige, sogar geradezu schlimme Situationen

auf verschiedenen Gebieten des Lebens und der Sowjetgesellschaft, der Tätigkeit der Partei und des Staates entstanden waren. Es ist jedoch nicht einfach, all diese negativen Momente unter einen allgemeinen Begriff zu bringen, weil auch dann die Gefahr übertriebener, willkürlicher, falscher Verallgemeinerung besteht, die Gefahr, die ganze wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle sowjetische Wirklichkeit als schlecht zu beurteilen und zu verwerfen, was ein Rückfall in die übliche reaktionäre Ideologie wäre.

Die am wenigsten willkürliche Verallgemeinerung ist die, welche in Stalins Irrtümern das Fortschreiten eines Vorganges sieht, in dem sich eine persönliche Macht an die Stelle der ursprünglichen demokratischen, kollektiven Instanzen setzt und wo infolgedessen Erscheinungen der Bürokratisierung, der Verletzung der Gesetzlichkeit, des Stillstands und teilweise auch der Entartung an verschiedenen Punkten des gesellschaftlichen Organismus sich ansammeln. Sofort muß jedoch dazu bemerkt werden, daß diese Verdrängung stellenweise gewesen ist und ihre schwersten Auswirkungen wahrscheinlich an der Spitze der führenden Organe von Staat und Partei gehabt hat. Von da ging die Neigung zur Einschränkung des demokratischen Lebens, der Initiative und des lebendigen Denkens und Handelns auf vielen Gebieten (technische und wirtschaftliche Entwicklung, kulturelle Tätigkeit, Literatur, Kunst usw.) [aus]; doch darf man durchaus nicht behaupten, daß von da aus die Zerstörung derjenigen Grundlinien der sowjetischen Gesellschaft herrühre, die ihren demokratischen und sozialistischen Charakter bestimmen und diese Gesellschaft qualitätsmäßig über die modernen kapitalistischen Gesellschaften erheben.

Die sowjetische Gesellschaft konnte auf derartigen Irrtümern nicht verharren wie im Gegensatz dazu das bürgerliche kapitalistische System auf sehr viel ernsteren Irrtümern und Situationen verharren kann. Jene Irrtümer konnten nicht zu einem allgemeinen Dauerzustand des staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens führen. Hätten sie noch länger angedauert, dann wäre es vielleicht zu einem Bruch gekommen. Freilich muß auch diese Hypothese mit Vorsicht aufgenommen werden, denn ein Bruch hätte gewiß den Volksmassen, der ganzen sozialistischen Bewegung mehr Schaden als Vorteil gebracht, und das wußten nicht allein diejenigen, die den Bruch hätten verursachen können, sondern auch sehr breite Schichten der Gesellschaft.

Damit will ich nicht sagen, daß Stalins Irrtümer nicht sehr schwere Folgen gehabt hätten. Sie waren sehr schwer, haben sich auf viele Gebiete ausgedehnt, und meiner Ansicht nach wird ihre Überwindung weder leicht sein, noch schnell erledigt werden können. Man kann alles in allem sagen, daß die Führerkader der sowjetischen Gesellschaft (Partei, Staat, Wirtschaft, Kultur usw.) größtenteils im Stalinkult erstarrt waren und ihre kritische, schöpferische Tätigkeit einbüßten und im Denken und Handeln nachgelassen hatten. Deswegen war es durchaus notwendig, Stalins Fehler anzuprangern, und es wurde in einer Weise gemacht, daß die Geister erschüttert wurden und das ganze Leben der Organe, auf denen das System der sozialistischen Gesellschaft beruht, zu neuer Tätigkeit angespornt wurde. So wird man einen neuen demokratischen Fortschritt dieser Gesellschaft erleben. Das wird ein machtvoller Beitrag zum besseren Verständnis zwischen allen Völkern, zur internationalen Entspannung, zum Vorwärtsschreiten des Sozialismus und zum Frieden sein.

[Die Gesetzmäßigkeit der Macht]

2. Glauben Sie, daß die Kritik am Persönlichkeitskult in der UdSSR zu Veränderungen der staatlichen Einrichtungen führen muß?

3. Die Gesetzmäßigkeit der Macht ist das große Problem des öffentlichen Rechts und das moderne politische Denken hat die Neigung, die Quelle der Gesetzmäßigkeit

im Volkswillen zu suchen. Die parlamentarischen Demokratien westlicher Prägung sind der Ansicht, daß der Volkswille, um sich auszudrücken, einer Mehrzahl von Parteien bedarf. Meinen Sie, daß die Macht im Einparteiensystem mit seinen Wahlen ohne Entscheidung zwischen Regierung und Opposition gesetzmäßig sei?

Ich könnte mich irren, aber meiner Meinung nach sind heutzutage in der Sowjetunion keine Veränderungen der staatlichen Einrichtungen vorauszusehen, auch nicht, daß ähnliche Veränderungen aus den im XX. Parteitag offen formulierten Kritiken hervorgehen sollten. Das will nicht heißen, daß keine ziemlich tiefen Abänderungen stattfinden könnten, von denen übrigens schon jetzt einige im Gange sind. Was versteht man vor allem unter Veränderungen der staatlichen Einrichtungen? Ich glaube, diejenigen, die davon reden, meinen Veränderungen der politischen Struktur, daß sie die Sowjetgesellschaft mindestens zu einigen der politischen Organisationsformen zurückführen, die den sogenannten westlichen Regimen eigen sind, oder daß sie einigen der diesen Regimen eigenen Einrichtungen einen neuen Anstrich geben. Wird die Frage so gestellt, dann verneine ich sie.

Wollen wir nun bitte auch von der Überprüfung der Gesetzmäßigkeit der Macht und von deren Quelle reden; doch suchen wir uns von dem heuchlerischen Formalismus zu befreien, womit die Verfechter der "westlichen Kultur" diese Frage behandeln. Wir haben "Staat und Revolution" gelesen und haben auch zu unserem Glück die Grundlage dieser Lehre nicht vergessen. Auch die Kritik an Stalins Fehlern wird sie bei uns nicht in Vergessenheit bringen.

In Wirklichkeit liegt bei der sogenannten westlichen Kultur die Quelle der Gesetzmäßigkeit der Macht ganz und gar nicht beim Volkswillen. Bestenfalls ist der Volkswille einer der Faktoren, die durch periodische Bekundung bei den Wahlen teilweise dazu beitragen, die Richtung der Regierungspolitik zu bestimmen. Bei den Wahlen jedoch (dazu möge das in mehrfacher Hinsicht typische Beispiel Italiens dienen) tritt ein *vielfältiges* System von Druck, Einschüchterung, Zwang und Fälschung, gesetzlicher und ungesetzlicher Kniffe in Aktion, wodurch der Ausdruck des Volkswillens schließlich sehr ernsthaft eingeschränkt und verfälscht wird, und das System wirkt in den Händen und zugunsten nicht nur derer, die in jenem Augenblick gerade an der Regierung sind, sondern auch derer, die in der Gesellschaft die reale Macht besitzen, die durch Reichtum, durch Besitz der Produktionsmittel und von dem, was sich daraus ergibt, verliehen wird, angefangen von der tatsächlichen Führung des politischen Lebens bis zum unfehlbaren Schutz der religiösen Obrigkeit und aller sonstigen Machtverknüpfungen, die es in einer kapitalistischen Gesellschaft gibt.

Wir behaupten, daß heute, angesichts der Entwicklung und der gegenwärtigen Stärke der demokratischen und sozialistischen Bewegung in diesem System, das die freie Meinungsäußerung des Volkswillens verhindert, sehr breite Risse entstehen können, so daß der Bekundung dieses Willens immer mehr der Weg frei gemacht wird. Deswegen bewegen wir uns auf demokratischem Boden weiter, und ohne ihn zu verlassen, halten wir stets neue Entwicklungen für möglich.

Das will jedoch nicht heißen, daß wir die Dinge nicht so sehen, wie sie sind, und daß wir die Art und Weise, in der sich das demokratische Leben der westlichen Welt abspielt (ohne daß wir überhaupt gar zu weit vordringen wollen in diese Welt, wo wir Spanien oder die Türkei oder Südamerika oder Portugal oder das diskriminierende Wahlsystem der Vereinigten Staaten usw. usw. finden), zu einem Fetisch, zum allgemeinen absoluten Vorbild der Demokratie machen wollen! O nein, wir denken noch immer, daß die Demokratie westlichen Gepräges eine beschränkte, unvollkommene, in vielen Dingen falsche ist, die durch eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Reformen entwickelt und vervollkommenet werden muß; wenn wir also auch zu der Folgerung gelangen, daß der XX. Parteitag einen neuen demokratischen Entwicklungspro-

zeß in der Sowjetunion erschließt, sind wir doch weit entfernt von dem von uns für irrig gehaltenen Gedanken, daß diese Entwicklung durch eine Rückkehr zu Einrichtungen "westlicher" Prägung vollzogen werden müsse.

Die Gesetzmäßigkeit der Macht in der Sowjetunion hat ihre erste Quelle in der Revolution, die der Arbeiterklasse die Macht gegeben hat. Zwar war diese in der Minderheit, aber es gelang ihr durch Lösung der sich ergebenden großen nationalen und sozialen Probleme, allmählich die gesamten Volksmassen um sich zu scharen, die wirtschaftliche Struktur des Landes umzuwandeln, eine neue Gesellschaft zu schaffen, in Gang zu bringen und zu fördern, die nach sozialistischen Grundsätzen errichtet war. Die Revolution vergessen, die neue sozialistische Struktur nicht berücksichtigen, das heißt alles das vergessen, was der Sowjetunion eigen ist, und dann einen reinen äußerlichen Vergleich anstellen mit den politischen Lebensformen der kapitalistischen Länder, ist nichts weiter als ein Taschenspielertrick.

[Die Debatte über die sowjetischen Probleme]

Aber dieser erste Hinweis auf die Wirklichkeit genügt nicht. Von Anfang an hat die Sowjetgesellschaft ihre demokratische politische Struktur gehabt, die eben auf dem Vorhandensein und Funktionieren der Sowjets (Arbeiter-, Bauern-, Werktätigen-, Soldatenräte) beruhte. Das System der Sowjets ist als solches viel demokratischer und fortgeschrittener als sonst irgend ein herkömmliches demokratisches System und zwar aus zwei Gründen.

Der erste ist, daß es dem demokratischen Leben Eingang in alle wichtigen Gebiete der Gesellschaft verschafft, angefangen bei den werktätigen Grundeinheiten, und Stufe für Stufe hinaufgehend bis zu den großen Stadt-, regionalen und nationalen Räten.

Der zweite Grund ist, daß es die Grundzellen des demokratischen Lebens an die Produktionseinheiten heranbringt und damit jene negative Seite der herkömmlichen demokratischen Organisationen überwindet, die aus der Trennung zwischen der Produktionswelt und der politischen Welt und somit aus dem äußerlichen, formalen Wesen der Freiheit besteht.

Ist es möglich, daß es im Funktionieren des Sowjetsystems einen Stillstand, eine Behinderung gegeben hat, aus der sich eine Einschränkung der sowjetischen Demokratie ergeben hätte? Es ist nicht allein möglich, sondern auf dem XX. Parteitag ist die Sache offen zugegeben worden. Das sowjetische demokratische Leben ist eingeengt, teilweise erstickt worden durch das Überhandnehmen bürokratischer, autoritärer Führungsmethoden und durch die Verletzung der Gesetzlichkeit des Systems.

Theoretisch gesehen, ist das etwas Möglichen, da ein sozialistisches Regime von sich aus nicht gegen Irrtümer und Gefahren geschützt ist. Wer das glauben sollte, wäre kindlichem Schwachsinn verfallen. Die sozialistische Gesellschaft ist nicht nur eine aus Menschen bestehende Gesellschaft, sondern eine in Entwicklung begriffene Gesellschaft, worin objektive und subjektive Gegensätze weiterbestehen; sie ist den Wechselfällen der Geschichte unterworfen.

Praktisch gesehen, wird es darauf ankommen, zu sehen, wie und warum eine Einschränkung des sowjetischen demokratischen Lebens eintreten konnte; wie man aber auch schließlich diese Frage beantworten mag, für uns steht es außer Zweifel, daß niemals eine Notwendigkeit anerkannt werden kann, zu den Organisationsformen der kapitalistischen Gesellschaft zurückzukehren.

[Erforschung der Möglichkeiten zu Änderungen, um begangene Irrtümer zu berichtigen]

Ob es in einem Staatswesen mehrere Parteien oder nur eine Partei gibt, kann für sich allein nicht als Unterscheidungsmerkmal zwischen der bürgerlichen und sozialistischen Gesellschaft gelten, wie es auch nicht an sich die Trennungslinie zwischen einer demokratischen und einer nichtdemokratischen Gesellschaft bedeuten kann.

In der Sowjetunion haben sich eine gewisse Zeit lang zwei Parteien in die Macht geteilt; das war nach der Revolution im Regime der Sowjets und der proletarischen Diktatur. Im heutigen China sind mehrere Parteien an der Macht, und doch wird das Regime als demokratische Diktatur bezeichnet. Auch in den Volksdemokratien gibt es noch verschiedene Parteien außer der kommunistischen, wenn auch nicht überall. In den jetzt noch kapitalistischen Ländern, wo die Arbeiterbewegung sehr stark und entwickelt ist, ist die Möglichkeit tiefgreifender sozialistischer Veränderungen bei Vorhandensein mehrerer Parteien und durch die Initiative einiger davon durchaus nicht von der Hand zu weisen.

In der heutigen Sowjetunion jedoch kommt es uns als unmöglich vor, an mehrere Parteien zu denken. Woher sollten sie denn auch kommen? Auf Beschluß von oben? Das wäre ja ein schönes demokratisches Verfahren! Es muß erkannt werden, daß dank dem Verschwinden der kapitalistischen Klassen nicht allein eine soziale Gleichartigkeit besteht, nicht nur eine politische Gleichartigkeit, die durch das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern zum Ausdruck kommt, sondern daß auch eine Art Einheit des staatsbürgerlichen Lebens und der politischen Leitung vorhanden ist, die in der "westlichen" Welt unbekannt und vielleicht überhaupt nicht begreiflich ist.

Schon allein der Begriff "Partei" ist in der Sowjetunion etwas anderes, als wir unter diesem Wort verstehen. Die Partei arbeitet und kämpft für die Verwirklichung und Entfaltung des Sozialismus; doch ist ihr Wirken von wesentlich positiver und konstruktiver Natur nicht polemisch geartet gegenüber einem Widersacher in der Innenpolitik. Der "Widersacher", der bekämpft wird, ist die objektive und zu überwindende Schwierigkeit, der durch Arbeit zu lösende Gegensatz, die zu beherrschende Wirklichkeit, das Zerstören des noch weiterlebenden Alten, um das Neue vorwärtszutreiben usw.

Die Dialektik der Gegensätze, die für die Entwicklung der Gesellschaft wesentlich ist, kommt nicht mehr im Wettbewerb zwischen verschiedenen Parteien, Regierungs- oder Oppositionsparteien, zum Ausdruck, weil keine objektive Grundlage (in den Dingen), noch eine subjektive Grundlage (in der inneren Verfassung der Menschen) für einen solchen Wettbewerb mehr vorhanden ist. Innerhalb des Einparteiensystems selbst, das eine ganze Reihe koordinierter Organisationen umfaßt (Partei, Sowjets, Gewerkschaften usw. usw.), kommt dieser Wettbewerb zum Ausdruck. Die gegen Stalin gerichtete Kritik wirft ihm vor, daß er innerhalb des Systems diesen Wettbewerb behindert habe. Die Berichtigung bestehe darin, daß der normale Zustand wiederhergestellt wird, aber durchaus nicht in einer Verleugnung des Systems oder seiner Aufhebung.

Aber wenn ich auch die Ansicht für unsinnig halte, man könnte das System aufheben, um auf den alten Standpunkt zurückzugehen, so bin ich doch überzeugt, daß innerhalb des Systems Änderungen durchgeführt werden können und müssen. Sie können sogar tiefgreifend sein auf Grund gemachter Erfahrungen in allen Gebieten, errungener Erfolge und der Notwendigkeit, wirksameren Schutz gegen Irrtümer, wie sie Stalin gemacht hat, zu besitzen. Auf diesen Punkt muß die Aufmerksamkeit sich konzentrieren, und deswegen müssen die neuen Maßnahmen verfolgt und studiert werden, die in der Sowjetunion nach und nach, entweder von der Partei oder von der Regierung, zu ergreifen sind.

Die interessantesten darunter, die von größter Tragweite sind, führen eine immer weiter greifende Dezentralisierung der Wirtschaftsleitung ein. Die Zentralisierung war sogar in extremen Formen eine Notwendigkeit in Zeitläufen, wo rasch tiefgreifende

Veränderungen durchgeführt, die Grundlagen des Kapitalismus zerstört und die Basis für die sozialistische Wirtschaft errichtet werden mußten, wobei den wirtschaftlichen, politischen und militärisch dringenden Notwendigkeiten begegnet werden mußte.

Auch die Zentralisierung ist jedoch an sich keine obligatorische Form der sozialistischen Wirtschaftsleitung, besonders nicht in ihren extremen Formen. Geringerer oder höherer Grad von Zentralisierung, also der Leitung von oben, ist geboten durch den Komplex der objektiven Verhältnisse, bestimmt aber dementsprechend einen höheren oder geringeren Grad peripherischen demokratischen Lebens, von Massenaktivität und -initiative. Für uns sind die Aktivität der Massen, ihr Mitwirken an der Kritik, an der Kontrolle und somit an der Leitung des ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftsorganismus die wahren Zeichen einer Demokratie. Bei uns, wo es mehrere Parteien gibt und der dialektische Gegensatz zwischen Regierung und Opposition usw. herrscht, besteht diese Massenaktivität in keiner Form noch Maßnahme, oder doch nur in äußerst eingeschränkten Formen und Maßnahmen und nur indirekt. Darum erklären wir, so etwas sei noch keine echte Demokratie, und wir verstehen nicht, weshalb die sowjetischen Völker, um das von Stalin getane Schlechte zu verbessern, in eine solche Form zurückfallen sollten.

[Unabhängigkeit der Richter]

Noch einiges möchte ich über wirksame Garantien gegen eine Wiederholung solcher Irrtümer sagen, wie Stalin sie begangen hat. Ich weiß, daß man hier die Idee von der "Unabhängigkeit des Richterstandes" (d. h. von der Trennung der Machtsphären) als sicheres Heilmittel gegen jegliche Verletzung der Gesetzlichkeit vorbringen wird. Offen gesagt, glaube ich an dieses Mittel nicht. Der Richter soll seine eigene unabhängige Einstellung haben, und die sowjetische Verfassung gewährleistet sie ihm, wie das auch viele andere Verfassungen tun. Aber praktisch, nicht rechtlich, kommt die Verletzung dieser Norm immer vor.

Außerdem ist der Richter kein Staatsbürger, der außerhalb der Gesellschaft, ihrer Gegensätze, der sie durchlaufenden und beherrschenden Strömungen, lebt, noch überhaupt leben kann. Kein Richter hätte sich vor zehn Jahren auch nur im Traum einfallen lassen, eine Verurteilung zu Zuchthausstrafe - Zuchthaus! - auszusprechen gegen einen heldenhaften Partisanenführer, dem man ein Verbrechen daraus gemacht hat, daß er im Kriegszustand die töten ließ, die ihm als Spione bezeichnet wurden. Heute aber ist das gemacht worden. Von "unabhängigen" Richtern? Aller Wahrscheinlichkeit nach unabhängig von direkten ministeriellen Forderungen, nicht unabhängig aber von einer gewissen Kampagne, die zehn Jahre lang von de Gasperi und allen übrigen geführt worden ist, um die Partisanenbewegung zu verleumden, in Anklagezustand zu versetzen und ihre Vertreter zur Verurteilung zu bringen. Die Richter gehören der herrschenden Klasse an und entziehen sich nicht den Strömungen der öffentlichen Meinung - seien sie gerecht oder ungerecht -, die in dieser Gesellschaft zum Ausdruck kommen.

Es wird uns jetzt berichtet, daß zu Stalins Zeiten in der Sowjetunion Prozesse geführt worden sind, die mit ungesetzlichen, ungerechten Verurteilungen schlossen. Die Richter, die diese Urteile gefällt haben, waren sehr wahrscheinlich Staatsbürger, die ihrem Gewissen entsprechend handelten. Sie waren Staatsbürger, die davon überzeugt waren, daß Stalins falsche Lehren, die damals im ganzen Volke verbreitet waren, es gäbe überall "Volksfeinde", die vernichtet werden müßten, richtig seien. Daher haben sie, wenn sie auch formell "unabhängig" waren, so geurteilt. Eine echte Garantie kann nur in der Richtigkeit der politischen Ziele von Partei und Regierung bestehen, und diese wird nur gesichert durch geradliniges, demokratisches Leben sowohl in Partei und Staat und durch dauernden engen Kontakt mit den Volksmassen

auf allen Stufen des öffentlichen Lebens. Auch der Richter wird immer um so gerechter sein, je mehr er mit dem Volke verbunden ist.

[Die Sprache ist die gleiche]

4. Es ist schon die Bemerkung gefallen, daß zwischen West und Ost keine gemeinsame politische Sprache vorhanden ist. Der Persönlichkeitskult werde im Westen Tyrannei genannt, die Irrtümer, die zu Säuberungen, Prozessen, Verurteilungen führen, nenne man Verbrechen.

Dahingegen nenne der Osten die Opposition Verrat, die Diskussion werde Abweichung genannt usw. Eine Verschiedenheit der Sprache bekundet immer wesentliche Verschiedenheiten. Welchem Umstand soll man diese Verschiedenheit der Sprache zuschreiben?

[Freiheit und Tyrannei]

Diese Behauptung von der Verschiedenheit der politischen Sprache zwischen West und Ost ist, man gestatte mir den Ausdruck, ein reaktionärer Blödsinn. Sie gehörte zu den Argumenten des Sanfeditismus und gehört noch dazu.²

Ich verweise nochmals auf einen sonderbaren Text, das "Neue philosophische, demokratische Wörterbuch", das unentbehrlich ist für jeden, der die neue revolutionäre Sprache zu verstehen begehrt, herausgegeben in Venedig 1799. Freiheit, Patriotismus, Gleichheit, Recht usw. usw., die ganze politische Terminologie der damaligen Zeit, die den großen, neu aufgetauchten und von den bürgerlichen Revolutionären zum Siege geführten Ideen Ausdruck gibt, ist in diesem sanfedistischen Handbuch auf 200 Seiten analysiert, um ausdrücklich zu beweisen, daß diese großen Worte in der Vergangenheit große Dinge bezeichneten, als es noch absolute Regierungen gab, daß sie diese auch jetzt noch für diejenigen ausdrücken, die der Ordnung des vergangenen Treue halten, während dieselben Worte im Munde der Revolutionäre, in jenem verabscheuungswürdigen Frankreich, wo die Revolution gesiegt hat, ganz andere und entgegengesetzte Dinge bezeichnen. Freiheit bedeutet für den Revolutionär "absolute Macht für Bösewichte, Spitzbuben und Hungerleider jeder Nation, den anständigen, fleißigen Teil der Bürger, der etwas besitzt, zu berauben und umzubringen". "Gleichheit ist ein Wort ohne Sinn", "der größte Blödsinn ohne jegliche gedankliche Unterlage". Demokrat bedeutet "Atheist, Mörder, Spitzbube an der Herrschaft". Und so geht das weiter.

Dieser Hinweis auf die sanfedistische Lehre vergangener Jahrhunderte, die, wie ersichtlich, auf ihre eigene Weise die Lehre von der Verschiedenheit der politischen Sprache behandelt, kann zur Aufklärung der ganzen Frage dienen. Es stimmt nicht, daß in dem einen und dem anderen Teil der Welt zwei verschiedene Sprachen gesprochen werden; aber die sozialen Gruppen, die unfähig sind, nicht allein die tiefgreifenden sozialen und politischen Umwandlungen zu billigen, nicht einmal zu verstehen, die jetzt vor sich gehen und denen sie feindlich gesonnen sind, möchten zwischen den verschiedenen Teilen der Welt und zum Schaden des vorwärtsschreitenden Teiles Abgründe der Verständnislosigkeit aufreißen. Aber es gelingt ihnen nicht.

Die politische Sprache zwischen Ost und West ist ganz und gar dieselbe, Tyrannei bedeutet hier wie dort dasselbe. In dem von Stalin in bestimmten Zeitläuften eingesetzten System steckten Elemente der Tyrannei, wurden durch die Staatsmacht verbrecherische und moralisch abstoßende Handlungen begangen. Niemand leugnet das. Dieselbe Deutung hat hier wie dort das Wort Demokratie, das heißt Regierung des Volkes im Interesse des Volkes, Gleichheit der Staatsbürger usw.

Als die russischen Kommunisten in ihren ersten Verfassungen eine deutliche Verschiedenheit zwischen dem Gewicht der Stimme der Arbeiter und dem der Bauern festlegten, wußten sie sehr wohl, daß dies keine formal demokratische Norm war. Sie wendeten sie aber an, weil sie wollten, daß auch gesetzlich der Arbeiterklasse die Führerrolle gesichert bleibe, die sie sich mit der Revolution errungen hatte, als sie das Land von der ausländischen Invasion und der Katastrophe rettete und die ersten für die Macht des Sozialismus notwendigen Verhältnisse schuf.

Nachdem die ersten großen Ergebnisse in dieser Richtung erzielt waren, wurde diese Norm fallengelassen. Und die Dinge wurden ganz deutlich so benannt, und zwar immer. Es wurde nämlich offen gesagt, daß mit Aufhebung der Ungleichheit der Stimmen die Demokratie ganz und gar hergestellt werde. Hier im berühmten Westen warte ich noch darauf, daß man mir klarmacht, welche Beziehung überhaupt die politische Diskriminierung zwischen Staatsbürgern mit der Demokratie haben kann, nachdem eine Regierung aus Christlich-Demokraten und Sozialdemokraten versucht hat, aus dieser Diskriminierung in Italien die Grundlage der gesamten Regierungstätigkeit zu machen und daß sie noch jetzt allgemeine Norm des Verhaltens des größten Teils der staatlichen Behörden, der Unternehmer, der Versicherungsämter und Arbeitsämter usw. ist.

[Stalins großer Fehler]

Es stimmt ganz und gar nicht, daß "im Osten" die Opposition Verrat genannt wird, die Diskussion Abweichung, usw. In einer Diskussion können Stellungnahmen zum Ausdruck kommen, die mit der politischen Linie, die verfolgt wird, unvereinbar und mit ihr im Gegensatz sind, und das kann Abweichung genannt werden, weil es eine ist. Bei uns hingegen nennt man es "ideologischen Terror", wenn andere politische Meinungen geäußert werden als die der herrschenden Parteien.

Von der Opposition habe ich schon gesprochen; sie fällt nicht mit Verrat zusammen, kann es gar nicht. Zweifellos hat es Fälle und Zeitpunkte gegeben, wo die Opposition solche Formen annahm, daß sie Verrat war oder zu ihm führte. Es hat lange Epochen gegeben, wo die Arbeiterklasse, die mit der Revolution die Macht übernommen hatte, und die Partei, die sie führte, so ernsten Situationen, derartigen Bedrängnissen, derartigen und so zahlreichen Schwierigkeiten und inneren wie äußeren Feinden, die um jeden Preis geschlagen werden mußten, ausgesetzt war, daß die Einheit der politischen Führung und der Aktion mit außergewöhnlichen Mitteln aufrechterhalten werden mußte und auch wurde. Wehe, wenn man es nicht so gemacht hätte!

Stalins schwerer Fehler war es, dies System in unerlaubter Weise ausgedehnt zu haben - wobei er es sogar verschlimmerte; denn die Achtung vor der revolutionären Gesetzlichkeit war in der ersten Zeit stets von Lenin gefordert worden (wenn auch damals die Grenzen dieser Gesetzlichkeit zwangsläufig sehr eng gezogen waren) - und auch in die darauf folgenden Situationen mit übernommen zu haben, als das nicht mehr nötig war und daher nur noch zur Grundlage persönlicher Macht wurde. Und der Fehler seiner Mitarbeiter war es, daß sie es nicht beizeiten bemerkten und ihn weitermachen ließen, bis zu dem Punkte, wo eine Korrektur nicht mehr ohne Schaden für alle möglich war.

5. Hat sich Ihrer Ansicht nach Stalins persönliche Diktatur gegen die geschichtlichen und politischen Traditionen der Russen und außerhalb dieser Tradition vollzogen, oder halten Sie sie für eine Fortentwicklung dieser Traditionen?

6. Hat die persönliche Diktatur Stalins, um sich zu festigen und zu erhalten, Gebrauch von einem Komplex von Zwangsmaßnahmen gemacht, den man im Wes-

ten seit der französischen Revolution als "Terror" bezeichnet? War ihrer Ansicht nach dieser "Terror" eine Notwendigkeit?

Diese beiden Fragen will ich zusammen beantworten, weil sie, abgesehen von ihrer konkreten Formulierung, die unsere Untersuchung auf probate Themen beschränken könnte, es bei Übergehung dieser Einschränkungen gestatten, die Frage anzupacken, die sich logischerweise an diesem Punkte erhebt - nämlich, wie in der Sowjetgesellschaft die vom XX. Parteitag angeprangerten Fehler begangen werden konnten und daraus eine Situation entstehen und sehr lange andauern konnte, in der das demokratische Leben und die sozialistische Gesetzmäßigkeit andauernde, schwere und weitverbreitete Verletzungen erleiden mußten. Hier schaltet sich sehr begreiflicherweise die Frage ein, inwieweit die gesamte politische Führergruppe - einschließlich derjenigen Genossen, die heute die Initiative sowohl zur Anklage als auch zur Korrektur des früher verursachten Übels ergriffen haben - für diese Fehler mitverantwortlich ist, und die andere Frage nach den Folgen dieses Übels.

[Die Frage nach der Mitverantwortlichkeit]

Betreffs dieser Mitverantwortlichkeit sind zwei Erklärungen vorgebracht worden. Die eine ist die einleuchtendste und von uns selbst bei den Diskussionen in unserer Partei angeführt worden. Auch Genosse Courtade hat sie in einer Artikelserie in der "Humanité" gebracht und auch, wenn man den Berichten der Journalisten Glauben schenken darf, Genosse Chruschtschow bei Beantwortung einer auf einem Empfang ihm gestellte Frage.

Stalins Entfernung von seiner Machtstellung, als die Schwere der Fehler, die er beging, offenbar wurde, war "juristisch möglich", praktisch aber unmöglich; denn wäre diese Frage angeschnitten worden, dann wäre daraus ein Konflikt entstanden - ein Konflikt, der wahrscheinlich das Geschick der Revolution und des Staates in Frage gestellt hätte, gegen den aus allen Teilen der Welt die Waffen gerichtet waren.

Man braucht nur in den Jahren, wo Stalin an der Spitze der Sowjetunion stand, wenn auch nur oberflächlich Fühlung mit der dortigen öffentlichen Meinung gehabt und die internationale Lage verfolgt zu haben, um die unbestreitbare Wahrheit dieser Feststellung erkennen zu können. Heute z. B. klagen die sowjetischen Führer gewisse Fehler und einen Augenblick der Mutlosigkeit Stalins bei Kriegsbeginn an. Wer aber hätte in jenen Tagen in der Sowjetunion - ich sage gar nicht: eine Entfernung Stalins von seiner Machtstellung, nein, auch nur die Einschränkung seiner Macht begriffen und hingenommen? Es hätte einen Zusammenbruch gegeben, wäre Derartiges bemerkt oder auch nur geahnt worden. Ebenso war es zu anderen Zeitpunkten.

Chruschtschows Feststellung erklärt also freilich den Notstand, worin sich die befanden, die gern die Lage, die entstanden war, gebessert hätten; es ist aber zugleich eine Feststellung, die das Bild verwirrt und im Grunde verdüstert. Man muß notgedrungen zugeben, daß die Fehler, die Stalin beging, entweder der großen Masse der Führerkader des ganzen Landes und somit dem Volke unbekannt waren - was aller Wahrscheinlichkeit entbehrt -, oder aber, daß diese Masse der Kader und somit die von ihnen orientierte und geführte öffentliche Meinung sie nicht als Fehler betrachteten.

Wie man sieht, schließe ich die Erklärung aus, die Unmöglichkeit eines Wechsels sei nur durch das Vorhandensein eines Militär-, Polizei- und Terrorapparats verursacht worden, der mit seinen Mitteln die Lage kontrolliert habe. Eben dieser Apparat bestand ja aus Männern - und wurde von ihnen gelenkt -, die in einem so ernsten Augenblick, wie es z. B. der Angriff Hitlers war, auch selbst von elementaren Reaktionen beherrscht worden wären, wenn eine tiefgreifende Krise ausgebrochen wäre.

Sehr viel richtiger scheint es mir, anzuerkennen, daß Stalin trotz der von ihm begangenen Fehler die Zustimmung eines sehr großen Teiles des ganzen Landes, vor allem aber seiner Führerkader und auch der Massen besaß.

War das die Folge davon, daß Stalin nicht allein Fehler machte, sondern auch viel Gutes leistete, "sehr viel für die Sowjetunion tat", "der überzeugteste der Marxisten und unerschütterlich fest im Glauben an das Volk" war? Dies ist gerade vom Genossen Chruschtschow in den früher erwähnten Erklärungen anerkannt worden, wodurch er in etwa das seltsame, doch verständliche Versäumnis wieder gut machte, das sich, wie ich es sehe, der XX. Parteitag zuschulden kommen ließ, indem er diese Verdienste Stalins mit Stillschweigen übergang.

Das erklärt aber nicht alles, und zwar gerade wegen der heute in all ihrer Schwere herausgestellten Fehler. Die Erklärung kann nur durch eine sorgfältige Untersuchung der Frage gefunden werden, wie man zu dem durch Stalins Fehler charakterisierten System gelangt ist. Nur so wird man erfassen, daß diese Fehler nicht nur etwas Persönliches waren, sondern die Wirklichkeit des sowjetischen Lebens tief durchdrangen.

Eine weitere Erklärung dafür, daß man nicht früher zu den notwendigen Korrekturen gelangen konnte, hat auch, wenn ich nicht irre, derselbe Chruschtschow gegeben, als er behauptete, der Grund, daß diese Korrekturen deshalb nicht vorgenommen werden konnten, sei, daß die Einstellung der Führer von Partei und Staat gegenüber Stalins Fehlern nicht zu allen Zeiten gleich blieb. Es gab also Zeitpunkte, wo um Stalin herum eine breite Solidarität der anderen herrschte - eine Solidarität, die eben der Ausdruck jener vorher erwähnten Zustimmung war.

[Nichtbefriedigende Erklärung]

Und hier muß offen ohne weiteres zugegeben werden, daß der XX. Parteitag zwar einen ganz gewaltigen Beitrag zur Formulierung und Lösung vieler ernster und neuer Probleme der demokratischen und sozialistischen Bewegung geliefert hat und zum Markstein einer höchst wichtigen Etappe in der Entwicklung der Sowjetgesellschaft geworden ist, daß aber die Stellungnahme des Parteitags hinsichtlich der Irrtümer Stalins und der Ursachen und Umstände, die sie möglich machten - eine Stellungnahme, die heute in der sowjetischen Presse umfangreich behandelt wird -, nicht als befriedigend gelten kann.

Die Ursache für alles soll im "Personenkult" liegen, im Kult einer Persönlichkeit, die bestimmte, sehr ernste Fehler hatte, der es an Bescheidenheit fehlte, die nach persönlicher Macht strebte und zuweilen aus Unfähigkeit etwas falsch machte, in ihrem Umgang mit den anderen Führern nicht ehrlich war, Größenwahnsinnig und übertrieben, selbstherrlich und äußerst argwöhnisch war, und endlich durch Ausübung der persönlichen Macht zur Loslösung vom Volke, Vernachlässigung ihrer Arbeit gelangte und sogar in eine offensichtliche Form des Verfolgungswahns verfiel.

Die gegenwärtigen sowjetischen Führer haben Stalin weit besser als wir gekannt (vielleicht werde ich ein andermal Gelegenheit finden, von einigen persönlichen Zusammenkünften mit ihm zu reden), und wir müssen ihnen daher glauben, wenn sie ihn uns heute so schildern. Wir können nur unter uns denken, daß sie, wie die Dinge nun einmal lagen, bei der bereits besprochenen Unmöglichkeit, beizeiten etwas daran zu ändern, hätten wenigstens vorsichtiger mit der öffentlichen, feierlichen Verherrlichung der Tugenden dieses Mannes sein können, an die sie uns nachgerade gewöhnt haben.

Allerdings kritisieren sie sich heute, und das muß ihnen hoch angerechnet werden; aber mit dieser Kritik geht zweifellos etwas von ihrem Ansehen verloren. Aber ganz abgesehen davon: Solange man dabei stehen bleibt, im Grunde für alles die persönli-

chen Fehler Stalins verantwortlich zu machen, bleibt man immer noch im Bereich des "Personenkults". Früher kam alles Gute von den übermenschlichen positiven Eigenschaften eines Mannes; jetzt wird alles Böse seinen ebenfalls außergewöhnlichen und sogar verblüffenden Fehlern zugeschrieben. In einem wie im anderen Falle sehen wir uns außerhalb der dem Marxismus eigenen verstandesgemäßen Urteilskraft. Außer acht gelassen werden die wahren Probleme, nämlich wie und warum die sowjetische Gesellschaft zu gewissen Formen der Abweichung vom demokratischen Wege und von der Gesetzlichkeit, die sie sich vorgezeichnet hatte, ja, sogar bis zur Entartung gelangen konnte und tatsächlich gelangte. Die Untersuchung wird so betrieben werden müssen, daß sie die verschiedenen Entwicklungsphasen dieser Gesellschaft verfolgt, und das müssen vor allem die sowjetischen Genossen tun, weil sie die Sachen besser kennen als wir, weil wir durch unvollständige oder falsche Kenntnis der Tatsachen in Irrtümer verfallen können.

Wir erinnern uns vor allem daran, daß Lenin in seinen letzten Reden und Schriften den Nachdruck auf die Gefahr der Bürokratisierung gelegt hat, durch die die neue Gesellschaft bedroht war. Für uns besteht gar kein Zweifel, daß Stalins Fehler damit zusammenhängen, daß der ganze bürokratische Apparat im sowjetischen wirtschaftlichen und politischen Leben, vielleicht ganz besonders im Parteileben ungeheuer überspannt wurde. Und hier ist es sehr schwer zu sagen, was Ursache und was Wirkung war. Das eine wurde nämlich nach und nach schließlich zum Ausdruck des anderen. Ist diese Überspitzung der Bürokratie auch auf eine Tradition zurückzuführen, die aus den politischen Organisationsformen und den Bräuchen des alten Rußlands herrührt? Vielleicht ist das nicht von der Hand zu weisen, und ich glaube, daß man auch bei Lenin derartige Hinweise findet; doch darf man nicht vergessen, daß nach der Revolution das Führungspersonal vollständig oder fast vollständig wechselte. Uns interessiert übrigens nicht so sehr, das abzuschätzen, was noch vom alten übriggeblieben ist, wie die Feststellung, daß ein neuer Typ bürokratischer Führung dem Schoße der neuen führenden Klasse zu dem Zeitpunkt entsprungen ist, wo sie vollkommen neue Aufgaben erfüllte.

[Grundsätzliche Streitfragen am Ursprung der Fehler beteiligt?]

Die ersten Jahre nach der Revolution waren dann bittere, fürchterliche Jahre, voller übermenschlicher objektiver Schwierigkeiten mit der ausländischen Invasion, mit Krieg und Bürgerkrieg. Damals waren sowohl das Höchste an Zentralisierung der Macht als auch die Anwendung radikaler Unterdrückungsmaßnahmen durchaus notwendig, um die Konterrevolution vollständig zu zerschlagen. In jener Zeit war es unvermeidlich, daß es wie im Kriege zuging: Wird eine Aufgabe nicht erfüllt, dann wird der Verantwortliche raschem Urteil unterworfen.

Lenin selbst hat, wie aus einem seiner Briefe an Dersinsky hervorgeht, der jetzt veröffentlicht worden ist, vorhergesehen, daß man eine Wendung vornehmen müsse, wenn die Konterrevolution und die ausländische Invasion vollständig vernichtet wären, was einige Jahre vor seinem Tode der Fall war. Man wird feststellen müssen, ob diese Wendung wirklich vorgenommen wurde, oder ob man nicht gewissermaßen aus Beharrungsvermögen zum Teil noch das festigte, das hätte geändert oder aufgegeben werden müssen. Damals setzte der Kampf jener Gruppen ein, welche die Möglichkeit eines sozialistischen Wirtschaftsaufbaus bestritten, und das mußte unweigerlich weitreichenden Einfluß auf das ganze sowjetische Leben ausüben. Auch dieses Ringen hatte den Charakter eines wirklichen Kampfes, von dessen Ausgang das Geschick der Staatsmacht abhing und in dem unter allen Umständen gesiegt³ werden mußte.

In dieser Periode spielte Stalin eine positive Rolle, und um ihn herum vereinigten sich die gesunden Kräfte der Partei. Nun kann man bemerken, daß sie sich so um ihn

scharten und unter seiner Führung solche Abänderungen der Parteifunktionen und ihrer führenden Organe, solch neues Funktionieren des von oben geleiteten Staatsapparates hinnahmen, daß sie entweder keinen Widerstand mehr leisten konnten, als das Schlimme daran an den Tag kam, oder auch nicht einmal zu Anfang richtig begriffen, daß es sich um Schlimmes handelte.

Man geht vielleicht nicht fehl, wenn man behauptet, daß die schädlichen Einschränkungen des demokratischen Regimes und das allmähliche Überhandnehmen bürokratischer Organisationsformen ihren Anfang in der Partei genommen haben. Wichtiger aber erscheint mir eine sorgfältige Prüfung, was dann geschah, als der erste Fünfjahrplan und die Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt wurde. Hier stößt man tatsächlich auf prinzipielle Fragen.

Die erreichten Erfolge waren etwas sehr Großes, ja, Großartiges. Es wurde eine große sozialistische Industrie geschaffen, und zwar ohne Hilfe oder Kredit des Auslandes, durch Einsatz und Entwicklung der inneren Kräfte der neuen Gesellschaft. Die gesellschaftliche Struktur der ländlichen Gebiete wurde, wenn auch weniger reibungslos, durch bemerkenswerte Schwierigkeiten hindurch mit übertriebener Eile und manchen Irrtümern umgewandelt. Die erzielten Ergebnisse stellten etwas dar, das man noch nie auf der Welt gesehen hatte und das außerhalb der Sowjetunion nur wenige Leute für möglich gehalten hätten. Diese Ergebnisse waren eine unwiderlegbare Bestätigung des Sieges der Oktoberrevolution und der richtigen politischen Linie, die gegenüber Widersachern und Feinden aller Art verfolgt wurde. Doch wurden sie auch zum Beginn einiger irrigen Orientierungen, die in der Folge ernsthafte, schlechte Folgen haben sollten.

In der Verherrlichung der erzielten Erfolge, vor allem in der täglichen Propaganda, aber auch in den allgemeinen Formulierungen, herrschte die Tendenz zur Übertreibung vor, so als könnten nunmehr alle Probleme als gelöst, die objektiven Verhältnisse, Schwierigkeiten, Gegensätze als überwunden gelten, die doch immer im Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft vorhanden sind. Diese objektiven Widersprüche, Schwierigkeiten, Gegensätze im Verlauf des Aufbaues einer sozialistischen Gesellschaft sind oft sehr schwerwiegend und können nicht überwunden werden, wenn sie nicht ganz offen anerkannt und wenn nicht die arbeitenden und werktätigen Massen selbst aufgerufen werden, ihnen ins Gesicht zu sehen und sie mit ihrer Arbeit, ihrem schöpferischen Wirken zu lösen. Dahingegen hat man in dieser Periode in der Sowjetunion den Eindruck gehabt, daß die Führer, wenn sie auch die Realität der Dinge gut kannten, sie der Partei und dem Volk nicht richtig dargestellt haben, vielleicht aus der Befürchtung heraus, irgendwie die Großartigkeit der errungenen Siege herabzusetzen.

In einer Parteischule, in der sich von uns hingeschickte Studenten befanden, entwickelte sich eine scharfe Debatte, die monatelang anhielt, gegen diejenigen, welche die "Opfer" verherrlicht hatten, die von den russischen Arbeitern dem Gelingen des Fünfjahrplans gebracht worden waren. Sie sagten, man dürfe nicht von Opfern sprechen, was würden denn sonst die Arbeiter im Westen denken? Aber Opfer waren wirklich gebracht worden, weil die Lebensbedingungen in den Jahren des ersten Planes überaus hart gewesen waren, und die Arbeiterklasse verfällt wirklich nicht in Entsetzen, wenn man ihr erklärt, daß besondere Anstrengungen und Opfer notwendig sind, um den Sozialismus aufzubauen, ja, dies regt den Klassengeist ihrer Avantgarde an und begeistert sie. Das ist eine kleine Episode, die aber, wie gesagt, eine prinzipiell falsche Orientierung aufweist; denn es ist ein grundsätzlicher Irrtum, zu glauben, wenn die ersten großen Erfolge erreicht seien, dann ginge es von selbst voran, nicht im Wechselspiel neuartiger Widersprüche, die im Rahmen der neuen Gesellschaft durch die Aktion der Massen und der sie anführenden Partei gelöst werden müssen.

Zwei hauptsächliche Folgen, glaube ich, entstanden daraus. Die erste war das Unfruchtbarwerden der Massenaktionen in solchen Orten und Organisationen (der Partei, Gewerkschaft, Fabrik, Sowjets), wo die realen und neuen Schwierigkeiten der Situation hätten angepackt werden müssen und wo hingegen Schriften und Reden voll pomphafter Erklärungen, fertiger Phrasen usw., in Wirklichkeit aber voller Kälte und Unwirksamkeit, weil ohne Berührung mit dem Leben, die Vorherrschaft bekamen, die wirkliche schöpferische Debatte nach und nach immer mehr verschwand und daher die Aktivität der Massen selbst abnahm und sich mehr nach von oben kommenden Direktiven bewegte als aus eigenem natürlichen Antrieb.

Die zweite Folge aber war noch ernster. Sie bekundete sich, als die Wirklichkeit wieder zu ihrem Recht kam, die Schwierigkeiten deutlich zutage traten, infolge gestörten Gleichgewichts und den noch immer in den Dingen bestehenden Gegensätzen, und nach und nach überwucherte alles andere die Tendenz zu der Auffassung, daß stets in jedem Fall das Schlechte, die Stockung in der Durchführung des Planes, die Schwierigkeiten der Versorgung und der Beschaffung der Rohstoffe, der Entwicklung der verschiedenen Zweige in der Industrie, Landwirtschaft usw. Schuld der Sabotage, des Wirkens des Klassenfeindes und der konterrevolutionären geheimarbeitenden Gruppen sei. Und so fort.

Nicht etwa, als hätte es das nicht gegeben. Auch das gab es. Die Sowjetunion war von rücksichtslosen Feinden umgeben, die entschlossen waren, zu jedem Mittel zu greifen, sie zu schädigen und ihren Aufstieg zu hemmen, doch diese irriige Einstellung bei der Beurteilung der objektiven Lage bewirkt es, daß der Sinn für Grenzen verloren ging, daß der Begriff der Trennungslinie zwischen gut und schlecht, Freund und Feind, Unfähigkeit oder Schwäche und bewußter Feindseligkeit und Verräterei, den Gegensatz zwischen den aus den Dingen entstehenden Schwierigkeiten und dem feindlichen Akt der zur Vernichtung entschlossenen Verschwörer verwischte. Stalin gab eine pseudowissenschaftliche Formulierung für diese fürchterliche Verwirrung mit seiner irrigen These von der notwendigen Zunahme der Feinde und der Verschärfung des Klassenkampfes gleichzeitig mit dem Fortschritt des sozialistischen Aufbaus.

Dies machte die Verwirrung selbst zu einer dauernden und verschlimmerte sie; dies wurde zum Ursprung der unerhörten Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit, die heute öffentlich bloßgestellt worden sind. Man muß jedoch tiefer schürfen, um zu begreifen, wie es möglich war, daß derartige Auffassungen hingenommen und volkstümlich wurden, und bei der Erforschung der Ursachen sollte man auch das von uns gesagte berücksichtigen, wenn man alles verstehen will.

Seinerzeit war Stalin der Ausdruck und der Urheber einer bestimmten Lage, so sehr war es, weil er sich als erfahrenster Organisator und Führer eines Apparates bürokratischen Typs zu einem Zeitpunkt erwiesen hatte, wo dieser Apparat die Oberhand über die Formen des demokratischen Lebens bekam, und weil er eine doktrinäre Rechtfertigung für das gegeben hatte, was in Wirklichkeit eine falsche Richtung war, und worauf dann seine persönliche Macht sich so sehr stützte, daß sie Entartungsformen annahm. Aus alle dem erklärt sich jene Zustimmung, die er in seiner Umgebung fand, die bis zu seinem Ende andauerte und vielleicht auch noch jetzt eine gewisse Wirksamkeit beibehalten hat.

[Die Erfolge des Sozialismus]

Man darf nicht vergessen, daß auch während der festen Verankerung dieser seiner Macht es keinesfalls an Erfolgen der Sowjetgesellschaft gemangelt hat. Sie traten auf wirtschaftlichem, politischem, kulturellem und militärischem Gebiet wie auch dem der internationalen Beziehungen auf. Niemand vermag zu leugnen, daß die Sowjetunion im Jahre 1953 unvergleichlich viel stärker, in jeder Hinsicht viel entwickelter, im Inne-

ren viel gefestigter und gegenüber dem Ausland maßgebender war, als z. B. während der Epoche des ersten Fünfjahrplans. Wie kam es denn aber, daß all die vielen Fehler so große Erfolge nicht verhindert haben? Auch hierin muß die Antwort von den sowjetischen Führern kommen, aus der Einsicht heraus, daß dieses Problem heute zu denen gehört, welche die aufrichtigen Kämpfer der internationalen Arbeiterbewegung ständig beunruhigen, bis zu welchem Grade, von welchem Zeitpunkt an und innerhalb welcher Grenzen haben Stalins Fehler die politische Linie der Partei geschädigt, zusätzliche Schwierigkeiten verursacht, wie gewichtig waren diese Schwierigkeiten, und wie ist es ungeachtet dieser Fehler gelungen, weiter fortzuschreiten?

Auf Grund dessen, was wir kennen, können wir nur einige allgemeine Erklärungen abgeben mit der Bereitschaft, sie, wenn nötig, zu revidieren. Uns scheint es, daß man anerkennen muß, daß die beim sozialistischen Aufbau verfolgte Linie auch weiterhin richtig blieb, wenn auch die angeprangerten Fehler so groß sind, daß sie unvermeidlicherweise das Gelingen der Durchführung einschränken mußten. Über diesen Punkt jedoch werden noch die umfassendsten Erklärungen notwendig sein, weil Einschränkung und in manchen Fällen sogar das Verschwinden des demokratischen Lebens wesentlich für die Geltung einer politischen Linie ist. Es scheint uns jedenfalls unleugbar, daß die Bürokratisierung der Partei, staatlicher Organe, der Gewerkschaften und vor allem der peripherischen Organe, die ja die wichtigsten sind, zwangsläufig das schöpferische Denken der Partei, die Aktivität der Massen, das demokratische Funktionieren des Staates und den konstruktiven Elan der ganzen Gesellschaft zu offenbar realem Schaden gehemmt, begrenzt, eingeengt hat. Andererseits sind eben die im Krieg und Frieden und nach dem Kriege errungenen Erfolge ein Beweis für die imponierende Arbeitsfähigkeit, die Begeisterung und Opferfreudigkeit der Volksmassen in jeglicher Situation, für ihre ständige Bejahung der Ziele, welche die Politik der Partei dem ganzen Lande stellte und die durch diese Volksmassen verwirklicht worden sind.

Es dürfte z. B. schwierig sein, festzustellen, welches andere Volk imstande gewesen wäre zu widerstehen, sich wieder zu fassen und dann zu siegen, als Hitler in Moskaus Vorstädten und dann an der Wolga stand und alles unter schlimmsten Bedingungen der Kriegszeit. Daraus muß also geschlossen werden, daß der Kern des sozialistischen Regimes nicht verloren ging, weil keine der vorhergegangenen Errungenschaften, auch vor allem nicht die Bejahung der Herrschaft der Arbeiter-, Bauern-, Intellektuellenmassen verloren ging, die die sowjetische Gesellschaft bilden. Eben diese Bejahung ist ein Beweis dafür, daß trotz allem diese Gesellschaft ihren demokratischen Grundcharakter beibehielt.

[Ein marxistisches Merkmal]

Wiederholt haben wir erklärt, daß es Sache der sowjetischen Genossen ist, einige der von uns gestellten Fragen aufzugreifen und die Grundlagen einer umfassenden Beantwortung zu liefern. Bis jetzt haben sie die Kritik am "Persönlichkeitskult" vor allem so entwickelt, daß sie irrige geschichtliche und politische Urteile über Tatsachen und Personen berichtigt und Mythen und Legenden zerstört haben, die zum Zwecke der Verherrlichung einer Einzelpersonlichkeit geschaffen worden waren. Das ist sehr gut, aber nicht alles, was von ihnen erwartet werden muß. Am wichtigsten ist es heute, richtig mit marxistischem Kriterium die Frage zu beantworten, wie die heute angeprangerten Fehler mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft verflochten wurden und ob sich zu einem gewissen Zeitpunkt nicht in diese Entwicklung jener Gesellschaft störende Faktoren, allgemeine Irrtümer eingemischt haben, vor denen das sozialistische Lager gewarnt werden muß. Ich meine dabei alle jene, die noch im Begriff sind, ihren Weg zu suchen. Ohne weiteres kann man darin einig sein, daß das zentrale Problem die Wahrung der demokratischen wesentlichen Merkmale der sozia-

listischen Gesellschaft ist. Wie jedoch die Fragen der politischen und der wirtschaftlichen Demokratie mit der inneren Demokratie und der führenden Rolle der Partei, mit dem demokratischen Funktionieren des Staates verbunden werden müssen.⁴ Das ist es, was von Grund aus untersucht und geklärt werden muß.

[Die Kommunistischen Parteien und die Frage der Prozesse]

7. Was halten Sie für die Ursache, daß die Kommunisten der ganzen Welt die offizielle Stalinsche Lesart über die Prozesse und Verschwörungen geglaubt haben?

Die Kommunisten der ganzen Welt haben stets unbegrenztes Vertrauen zur sowjetischen Kommunistischen Partei und ihren Führern gehabt. Woher dieses Vertrauen kam, ist mehr als klar. In den entscheidenden Augenblicken der Geschichte und betreffend die entscheidenden Fragen der Arbeiterbewegung und der internationalen Politik war die Stellung der sowjetischen Kommunisten die richtige. Die Revolution von 1917, in der sie die Macht ergriffen, erweckte Begeisterung. Die Richtigkeit der von ihnen aufgestellten, verteidigten und nach der Revolution weiterverfolgten Politik ging aus den Tatsachen hervor. Es war bekannt, welche übermenschlichen Schwierigkeiten sich ihr entgegenstellten, die sie dennoch zu überwinden vermochte. Die ganze Welt war gegen sie, griff sie mit allen Mitteln an und schmähte sie. Gegen sie waren die führenden Klassen aller Länder einig. In den Oppositionsparteien und sogar in der Arbeiterbewegung fand man nur selten Menschen, die, wenn auch keine Billigung, so doch wenigstens Verständnis für das riesige Werk äußerten, das in der Sowjetunion geleistet wurde. Heute sind, mit Ausnahme der unzugänglichsten Reaktionäre, sich alle in der Anerkennung einig, daß die Schaffung der Sowjetunion die gewaltigste Tatsache der zeitgenössischen Geschichte ist. Aber allein die Kommunisten oder beinahe nur sie haben Schritt für Schritt dieses Schaffen begleitet, es verständlich gemacht, es verteidigt und seinen Urhebern recht gegeben.

Unter diesen Verhältnissen war es natürlich und richtig, daß sich zwischen den Avantgarden der Arbeiterschaft der ganzen Welt und jener Kommunistischen Partei, die wahrhaftig in vorderster Linie der politischen und sozialistischen Bewegung stand, tiefe Beziehungen des restlosen Vertrauens und der Solidarität entwickelten. Es muß auch berücksichtigt werden, daß fast in allen Fällen diejenigen, die mit dem Kritisieren dieser oder jener Seite der kommunistischen Politik der Sowjetunion begonnen hatten, sich sehr bald in die Reihen der offiziellen Verleumder der gesamten kommunistischen Bewegung einreihen, um offen oder versteckt zu Agenten der reaktionärsten politischen Kräfte zu werden. Diese Erfahrung konnte mehr oder weniger jede kommunistische Partei an sich selbst machen. Daher entstand nicht nur eine Beziehung des Vertrauens und der völligen Solidarität mit den sowjetischen Kommunisten, sondern auch die feste Überzeugung, daß diese Solidarität der entscheidende Charakterzug einer wahrhaft revolutionären Bewegung sei, und das war auch von Grund aus wahr. Diese Beziehung des Vertrauens und der Solidarität braucht daher auch von keinem von uns bereit zu werden. Es ist das, was es uns ermöglicht hat, während jeder unter den Verhältnissen seines eigenen Landes arbeitete und kämpfte, eine genau umrissene politische und organisatorische Form für jenen neuen revolutionären Schwung zu finden, den die Oktoberrevolution bei der Arbeiterklasse erweckt hatte, und den die Fortschritte beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetunion nährten, weiter verbreiteten, nach und nach mit höherem Selbstbewußtsein erfüllten.

Die Formen, die Art und Weise und praktischen Mittel dieser Erfolge waren jedoch unter uns nicht Gegenstand der Diskussion oder doch nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt, den man annähernd auf die Jahre der Verwirklichung des ersten Fünfjahresplanes und der landwirtschaftlichen Kollektivierung festlegen mag. In den 10 bis 15

Jahren, die diesem Zeitpunkt vorausgingen, war die Debatte zwischen den russischen Kommunisten über die Wege der Entwicklung der Revolution, die Möglichkeit der sozialistischen Umwandlung und die Formen dieser Umwandlung in die ganze Arbeiterbewegung und vor allem in die internationale kommunistische Bewegung vorgedrungen, und diese lieferte ihren Beitrag zur Niederlage der oppositionellen Gruppen (Trotzkisten und Rechtsgerichtete). Ich will nicht abstreiten, daß dieser Kampf und diese Beteiligung zu gewissen Zeitpunkten, in gewissen Ländern und unter gewissen Verhältnissen auch negative Rückwirkungen auf unsere Bewegung gehabt haben können. Ich meine hiermit damals künstlich geschürte Fraktionskämpfe, damals übertriebene politische Beurteilungen usw. Wem es möglich ist, möge die Rede nachlesen, die ich z. B. auf dem 6. Kongreß der [Kommunistischen - H. K.] Internationale im Jahre 1928 gehalten habe, worin er die Kritik an einigen dieser Dinge finden wird, oder er möge auch lesen, was Dimitroff auf dem 7. Kongreß gesagt hat. Alles in allem jedoch hat sich die politische Erziehung unserer Bewegung in diesen Debatten vollzogen, in denen die wichtigsten Themen unserer Ideologie berührt wurden. Durch diese Debatten schritt unsere Bewegung zu ihrer Reife voran.

[Die Demokratie im sowjetischen System]

In der Folgezeit wurde in unseren Parteien immer weniger von den Fragen gesprochen, die sich für die sowjetischen Genossen bei dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ergaben, zum Teil, weil die sowjetischen Genossen sie uns nicht mehr als Probleme hinstellten, wie sie es vorher getan hatten, sondern sozusagen als Etappen eines nunmehr in Gang gekommenen Fortschritts, der in seinem Verlauf keine tiefgreifenden neuen Themen aufwarf. Übrigens waren wir zu einem Punkt gelangt, wo die kommunistische Bewegung außerhalb der Sowjetunion sich dermaßen verstärkt hatte, daß sie das Gebiet der einfachen Agitation und Propaganda verlassen, viele der vor der Machtergreifung Hitlers begangenen Irrtümer korrigieren und eine positive, umfassende politische Aktion im Kampf gegen den Faschismus und den in Vorbereitung begriffenen Krieg entfalten konnte, um alles daranzusetzen, die spanische Republik zu retten, die Einheit der Arbeiterbewegung, der Arbeiter- und demokratischen Bewegung herzustellen. Man begann jene Vorbedingungen zu schaffen, die es nachher ratsam erscheinen ließen, während des Krieges die Auflösung der Kommunistischen Internationale vorzunehmen.

Die Prozesse, auf die sich die Frage bezieht, mehrten sich, wie ich glaube (ich werde später die Bedeutung der Einschränkung erklären), in dieser Periode, da in Frankreich für die Volksfront, in Spanien mit Waffen gekämpft wurde, und die internationale Politik der Sowjetunion sich überaus wirksam in der Verteidigung der Demokratie und des Friedens entfaltete. Die kommunistischen Führer hatten keinerlei Grund, an der Gesetzlichkeit der Urteile zu zweifeln, vor allem deshalb, weil sie wußten, daß die Führer der alten Oppositionsgruppen (Trotzkisten und Rechtsgerichtete), die politisch und in den Massen unterlegen waren, nicht abgeneigt waren, den Kampf mit terroristischen Mitteln fortzuführen, was ja auch außerhalb der Sowjetunion vorkam. (In Paris wurde im Jahre 1934 einer unserer besten Funktionäre, Camillo Montanari aus Reggio Emilia, kaltblütig von einem Trotzkisten ermordet. Auch anderswo ereigneten sich ähnliche Fälle.)

Daß alle Angeklagten ein Geständnis ablegten, hat zweifellos auch unter uns Überraschung und Diskussionen ausgelöst, aber nicht mehr. Übrigens ist es für uns noch nicht klar, ob sich die Beschuldigungen der Verletzung der Gesetzlichkeit und der Anwendung gesetzwidriger und moralisch Abscheu erregender Untersuchungsmethoden, die jetzt erhoben werden, sich auch auf die ganze Periode der Prozesse, oder aber nur auf eine bestimmte, näherliegende Zeit beziehen als auf die von mir er-

wähnte. Die Anschuldigung übertriebener Anwendung außergewöhnlicher Unterdrückungsmethoden⁵ und der Beschluß, sie zu korrigieren, waren übrigens schon in einer Unionskonferenz der Kommunistischen Partei der UdSSR vorgebracht worden und hatten allgemeine Zustimmung gefunden. Das Schlimme ist, daß dieser Beschluß nicht respektiert wurde, daß vielmehr in der Folgezeit in mehrerer Hinsicht die Dinge sich noch verschlimmerten, und darin lag eine unverzeihliche persönliche Schuld Stalins.

[Einem neuen Kurs den Weg bereiten]

Bezüglich der anfänglichen Prozesse, mit denen wir uns beschäftigen konnten - denn die darauffolgenden waren zum größten Teil nicht veröffentlicht -, wiederhole ich, daß ich heute der Meinung bin, daß beide Elemente zusammen existierten, die Versuche der Widersacher, sich gegen das System zu verschwören und Terrorakte zu verüben, und die Verwendung illegaler Untersuchungsmethoden, die moralisch zu verdammen waren. Das erstere mildert nicht die Schwere der letzteren.

8. Die Kritik am Personenkult ist von oben her ohne vorhergegangene Volksbefragung, autoritär vorgenommen worden. Halten Sie das für einen Beweis, daß der Stalinismus nicht tot ist, wie von vielen behauptet wird?

[Korrektur von oben]

Die Beurteilung, die ich abgebe und im wesentlichen hier dargelegt habe, veranlassen mich, es für unvermeidlich zu halten, daß Korrektur und Kritik an Stalins Fehlern von oben ausgehen. Gerade die Einschränkung des demokratischen Lebens in der Partei und im Staat, die Inhalt und Folge dieser Fehler war, und die Zustimmung, die Stalin umgab, schufen einen Zustand, daß eine Kritik von unten nur langsam hätte zustande kommen und sich nur in verworrener Form, nicht ohne gefährliche Konflikte hätte entwickeln können. Wohl mag das sehr bedauerlich erscheinen, rührt aber von alledem her, was vorher geschehen war. Aufgabe der führenden Gruppe, die überzeugt war, das Schlechte müsse liquidiert und ein neuer Kurs eingeschlagen werden, war es, dem neuen Kurs den Weg zu bereiten durch energische Kritik von oben, samt einer ersten tatsächlichen Korrektur der ernstesten Abweichungen. Es handelt sich ja um eine Umerziehung zu normalem demokratischem Leben nach dem von Lenin in den ersten Revolutionsjahren aufgestellten Vorbilde. Das heißt, eine Umerziehung zur Initiative auf dem Gebiet der Ideen wie in der Praxis, zu Forschung und lebhafter Debatte und zu jenem Grad von Toleranz für Irrtümer, die zur Aufdeckung der Wahrheit unerlässlich ist - zu völliger Unabhängigkeit der Urteilskraft und des Charakters usw. usw. Eine solche Umerziehung der mehrere hunderttausend Frauen und Männer umfassenden Parteikader, durch sie wieder der ganzen Partei und durch die Partei eines ganzen unter den Folgen der Kriegsverwüstungen stehenden Landes, in dem sich die Lebensverhältnisse von Gebiet zu Gebiet sehr unterscheiden - ist eine ungeheuer wichtige, schwerwiegende Aufgabe, die weder in dreijähriger Arbeit noch durch einen Parteitag gelöst werden kann. Ich halte es denn doch für übertrieben, wenn man sagt, alles sei nur eine Frage der Zeit, wenn es sich um die Herausarbeitung eines neuen Kurses und seiner Durchführung handelt. Es scheint mir nicht ausgeschlossen, daß in diesem neuen Kurs des sowjetischen Lebens wichtige und neue Debatten vorkommen, in denen die Tragweite der begangenen Fehler und der unerlässlichen Korrekturen dargelegt wird und die zu einer genauen und richtigen prinzipiellen, politischen und praktischen Abschätzung sowohl der Fehler wie der Korrekturen führen. Kurz, mir scheint, daß Stalins Fehler durch diese umfassende Entwicklung mit völlig anderer Methode korrigiert werden müssen als die, die Stalin selbst in jener Epoche seines Lebens angewendet hat, wo er die gesunden Normen der Partei und der Staatsmacht

verlassen hatte. Je mehr in diesem Sinne geschehen wird, desto größer wird der Nutzen sein. Was wir wünschen, ist, daß die Korrekturen unverzüglich, mutig und so durchgeführt werden, daß aus ihnen ein neuer Ruck vorwärts in der sozialistischen Gesellschaft in jeder Hinsicht auf breiter, gesunder, demokratischer Grundlage voller neuer und reicher Lebensäußerungen hervorgehen möge.

[Die innere Struktur der kommunistischen Weltbewegung ist heute eine andere geworden]

9. Glauben Sie, daß die Kritik am Personenkult eine Veränderung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien, zwischen der russischen Kommunistischen Partei und den Kommunistischen Parteien der anderen Länder und im allgemeinen zwischen der UdSSR und der internationalen Arbeiterbewegung herbeiführen wird?

Ich hoffe, daß es wenigstens in Italien niemanden mehr gibt, der noch dem dummen Märchen von den kommunistischen Parteien Glauben schenkt, die Schritt für Schritt von Moskau ihre Anweisungen, Direktiven und Befehle empfangen. Gibt es aber doch noch jemanden, dann ist es zwecklos, für ihn etwas zu schreiben, denn offenbar hat so einer ein Brett vor dem Kopf und ist völlig unfähig, auch nur dem Verständnis für die Probleme der heutigen Arbeiterbewegung nahezukommen. Wir schreiben also für die anderen.

In den ersten Jahren nach dem ersten Weltkrieg, als sich die Kommunistische Internationale bildete, wurden zweifellos die Hauptprobleme politischer Richtung der Arbeiterbewegung und danach der kommunistischen Bewegung in den einzelnen Ländern im Zentrum, in Moskau, in Kongressen und anderen internationalen Versammlungen ausführlich diskutiert, aus denen genaue Richtlinien hervorgingen.

Man kann sagen, daß es in dieser Periode eine zentralisierte Leitung der kommunistischen Bewegung gegeben hat, wofür die Hauptverantwortung auf die russischen Genossen fiel, denen Genossen aus anderen Ländern Hilfe leisteten. Recht bald jedoch begann die Bewegung von selbst voranzuschreiten, vor allem da, wo sie gute Führer hatte. Im Jahre 1924 z. B. wurde der Beschluß unserer Partei, das Schattenparlament der Oppositionsparteien zu verlassen und wieder ins Parlament zu gehen, von uns in ausgesprochenem Gegensatz zu dem Rat gefaßt, den die Führer der Internationale uns gegeben hatten. Zur Zeit des 7. Kongresses (1935) empfanden es schon diejenigen Parteien, die sich verstärkt hatten, geeinigt und gut geführt waren, daß eine internationale Zentrale nichts weiter tun konnte als allgemeine Beurteilungen der Situation und der Aufgaben unserer Bewegung auszuarbeiten, daß aber Beschluß und praktische politische Durchführung immer das Werk der einzelnen Parteien seien und vollkommen ihrer Initiative und Verantwortung überlassen bleiben müssen. So ging man in Frankreich und besonders in Spanien, in der Zeit der großen Kämpfe zwischen 1934 und 1939, während des Krieges und später vor. Wenn die Kommunisten im breiten Kielwasser der internationalen Politik der Sowjetunion vorangingen, dann deshalb, weil sie von der Richtigkeit dieser Politik überzeugt waren, und sie war in Wirklichkeit auch richtig.

[Das Informationsbüro]

Das Informationsbüro, das im Jahre 1947 mit ganz anderen Aufgaben als denen der Internationale gegründet wurde, hat im wesentlichen zweierlei getan. Das erste war gut, das zweite schlecht. Das Gute war, daß das Büro die ganze Arbeiterbewegung zum Widerstand und Kampf gegen die Kriegspläne des Imperialismus orientierte. Das Schlechte war das unselige Einschreiten gegen die jugoslawischen Kommunisten. Weiter hat das Büro nichts getan außer der Herausgabe eines öffentlichen

Nachrichtenblattes, das nur der Information diene. Uns Italienern z. B. ist es nie außer in der Gründungsversammlung des Kominform begegnet, daß in internationalen Versammlungen über unsere Politik diskutiert wurde. Alle von uns nach dem Kriege ergriffenen Initiativen waren ausschließlich unsere Sache, [die] vielleicht von den führenden Genossen anderer kommunistischen Parteien nicht einmal völlig verstanden wurden, wurden sie doch aus den Umständen, unter denen wir in Italien arbeiteten und die etwas ganz Besonderes sind, geboren. Und heute ist auch das Informationsbüro aus den gründlich dargelegten Ursachen aufgelöst worden.

[Der italienische Weg]

Stalins Fehler bei der Führung der sowjetischen Kommunistischen Partei haben durch Verringerung der Debatten und Einschränkung des demokratischen Lebens auf höchster Ebene der Partei dazu beigetragen, daß auch die Beziehungen zwischen den sowjetischen Kommunisten und denen⁶ der anderen Länder etwas veräußert und formalisiert wurden, daß zwischen ihnen eine gewisse Loslösung eintrat, ohne daß jedoch dadurch das gegenseitige Vertrauen vermindert worden wäre, da wir ja von den heute angeprangerten Tatsachen keinerlei Kenntnis hatten, noch haben konnten, wenigstens wir Italiener nicht. In anderen Parteien, vor allem in den Ländern der Volksdemokratien, wurden manche der Fehler Stalins nach dem Kriege mechanisch nachgemacht. So wie man wahrscheinlich auch dazu neigte, in jenen Ländern, die ganze Erfahrung und Praxis der Sowjets mechanisch zu übernehmen und anzuwenden, ohne immer, wie es nötig gewesen wäre, die besonderen Verhältnisse zu berücksichtigen, die in jedem einzelnen Lande besondere Entwicklungswege, Verbesserungen und Anpassungen gegenüber der sowjetischen Erfahrung erforderten.

Die auf dem 20. Parteitag an Stalin geübte Kritik, die zum größten Teile unerwartet kam, hat sicher die Kader der internationalen kommunistischen Bewegung schwer betroffen, auch, in geringerem Maße, ihre Massen. Die Art und Weise, wie die Feinde sich auf diese Kritik gestürzt haben, um daraus eine Waffe gegen uns zu schmieden, hat die Funktionäre enger um die Partei zusammengeschlossen. Außerdem muß gesagt werden, daß es unter ihnen nicht nur Überraschung gegeben hat, es gab auch Schmerz, hier und da Verwirrung. Es stiegen Zweifel an der Vergangenheit auf und vieles andere. Das war nicht zu vermeiden angesichts der Schwere der angeprangerten Tatsachen und der Art und Weise der Anklage, angesichts des Umstandes, daß die sowjetischen Genossen sich im Grunde darauf beschränkten, die Tatsachen anzuprangern und die richtige Korrektur vorzunehmen, aber bis jetzt die noch nicht erfüllte Aufgabe außer acht gelassen haben, das schwierige Thema der umfassenden politischen und geschichtlichen Beurteilung anzuschneiden. Meiner Überzeugung nach kann sich aus all dem keine Verminderung des gegenwärtigen solidarischen Vertrauens zwischen den verschiedenen Teilen der kommunistischen Bewegung ergeben. Zweifellos aber ergibt sich daraus nicht allein die Notwendigkeit, sondern auch das Verlangen nach einer immer größeren Selbständigkeit des Urteilsvermögens, was unserer Bewegung nur gut tun kann. Die politische innere Struktur der kommunistischen Weltbewegung ist heute eine andere geworden. Was die Kommunistische Partei der Sowjetunion geleistet hat, bleibt, wie gesagt, das erste große Vorbild des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft, der durch eine tiefgehende entscheidende revolutionäre Tat der Weg geöffnet wurde. Heute hat sich die Front des sozialistischen Aufbaus in den Ländern, wo die Kommunisten die führende Partei sind, so stark verbreitert (sie umfaßt ein Drittel der Menschheit!), daß auch für diesen Teil das sowjetische Muster nicht mehr verpflichtend ist, noch sein kann. In jedem von Kommunisten regierten Lande können und müssen die objektiven und subjektiven Verhältnisse, die Traditionen, die Organisationsformen der Bewegung Einfluß haben. In der übrigen Welt gibt es Länder, wo man sich zum Sozialismus hinbewegen will, ohne daß die

Kommunisten dabei die führende Partei seien. In noch anderen Ländern ist der Vormarsch zum Sozialismus ein Ziel, auf das sich Bemühungen konzentrieren, die aus verschiedenen Bewegungen hervorgehen, die unter sich jedoch weder Übereinstimmung noch gegenseitiges Einvernehmen erzielt haben. Die Gesamtheit der Bewegung wird "polyzentrisch"⁷. In der kommunistischen Bewegung selbst kann man nicht von nur einer Führung sprechen, wohl aber von einem Fortschritt, zu dem man auf verschiedenen Wegen gelangt.

Aus der Kritik an Stalin ergibt sich ein allgemeines Problem, das der ganzen Bewegung gemeinsam ist - das Problem der Gefahren einer bürokratischen Entartung, des Erstickens des demokratischen Lebens, der Verwechslung zwischen konstruktiver revolutionärer Kraft und Zerstörung der revolutionären Gesetzlichkeit, einer Loslösung der wirtschaftlichen und politischen Leitung von der Kritik, von der schöpferischen Kritik und Aktivität der Massen. Wir werden es mit Freuden begrüßen, wenn die kommunistischen Parteien, die an der Macht sind, sich untereinander zu einem Wettbewerb darum entschließen, auf welche Weise am besten diese Gefahr für immer zu vermeiden ist. Uns wird die Aufgabe zufallen, die uns eigene Methode, unseren eigenen Weg herauszuarbeiten, damit wir vor den Gefahren des Stillstandes und der Bürokratisierung bewahrt bleiben und zusammen die Probleme der Freiheit für die werktätigen Massen und der sozialen Gerechtigkeit zu lösen vermögen. So erringen wir in den Massen selbst immer höheres Ansehen und eine ständig wachsende Anhängerschaft.

Freies Volk (Düsseldorf), 23./24. und 26. Juni 1956

Anmerkungen

- 1 So (und an einer weiteren Stelle) in der Quelle; überwiegend gebraucht P. Togliatti den Terminus "Personenkult".
- 2 Sanfedisten: Eine vom Papsttum zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufgezogene Terrororganisation, die damals mit Mord und Plünderung gegen die aufkommenden liberalen Strömungen in Italien wütete. - d. Red. [von "Nuovi Argomenti" oder "Freies Volk" - H. K.]
- 3 In der Quelle: gesiebt.
- 4 In der Quelle: muß
- 5 So in der Quelle.
- 6 In der Quelle: die.
- 7 polycentrico = aus mehreren Zentren bestehend - d. Üb.

Prof. em. Dr. sc. phil. Horst Schneider

**"Ein gelernter Bär tanzt für jeden, der ihn füttert" (K. F. W. Wander)
Anmerkungen zu Hubertus Knabes Buch "Honeckers Erben"¹**

Nach der "Wende" hat Dr. Hubertus Knabe seinen krisensicheren Job und sein Thema gefunden, die "Stasi" und die "SED-Diktatur". Ihm kam zugute, dass er von 1992 bis 2000 im Stabe Joachim Gaucks saß und danach bis heute als Direktor der "Gedenkstätte Hohenschönhausen" wirkt. Damit ist er finanziell abgesichert, hat Zugang zu den "Akten" und machte sich in der Gilde der Totalitarismusforscher unentbehrlich. Die vom Grundgesetz verbürgte Freiheit der Forschung ist dabei unter die Räder gekommen, aber das sieht bei anderen Artikeln des Grundgesetzes auch nicht anders aus.

Dieses Buch hat es schon im Titel in sich: "Honeckers Erben. Die Wahrheit über die Linke". Dr. Hubertus Knabe dürfte der erste und einzige Historiker sein, der den Monopolanspruch auf die Wahrheit erhebt, in der klassischen Geschichtsschreibung hat Knabe keinen Konkurrenten. Und ob die von ihm Gescholtenen sich zum "Erbe" Erich Honeckers bekennen oder es ausschlagen, untersucht der Wahrheitsapostel mit keinem Satz. Dabei wäre der Umgang der "SED-Nachfolger" mit dem Erbe und der Tradition der SED ein dankbares und wichtiges Thema.

Schon im ersten Satz des Vorworts verrät Knabe seinen Lesern: " 'Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus.' Der berühmte Eingangssatz des Kommunistischen Manifestes, mit dem Karl Marx und Friedrich Engels vor 160 Jahren zum Sturz der 'Bourgeoisieherrschaft' aufriefen, ist in Deutschland überraschend aktuell geworden." Entsprechend groß ist die Furcht der Bourgeoisie und ihrer Apologeten. Knabe sieht sich vom "Gespenst" umzingelt: Die Linke sitzt mit einer starken Fraktion im Bundestag. (Warum stört ihn das?) Im deutschen Osten besetzten die SED-Kader die Schaltstellen der Politik. (Gehören Angela Merkel und Stanislaw Tillich zu diesen "SED-Kadern"?) Die Erinnerungen an die DDR seien quicklebendig. (Siehe da: Viele DDR-Bürger haben ihr Gehirn noch nicht gelöscht oder verkauft.) In den Talkshows führten Oskar Lafontaine und Gregor Gysi das große Wort. (Offensichtlich wünscht ihnen Knabe einen Maulkorb vor dem Gesicht.) Sind das nicht genug Gründe für einen Typ wie Dr. Hubertus Knabe, die verrostete Rüstung des Don Quichotte anzulegen und Rosinante zu besteigen?

Knabe führt seine Attacke in drei Kapiteln. Das erste Kapitel ist mit "Herkunft" überschrieben. Es enthält einen Parforceritt durch die jüngste deutsche Geschichte seit 1918, denn da wurde die KPD gegründet. Welche "Wahrheiten" bietet der Autor dem staunenden Leser an?

- Die KPD sei eine "hochidealisierte, antidemokratische und gewalttätige Kaderpartei" gewesen, die "mit allen Mitteln gegen die erste Demokratie in Deutschland" gekämpft habe. Wer hatte denn die Mittel der Repression wie Polizei, Armee, Justiz, Medien in der Hand gehabt und in blutigen Aktionen gegen das Volk eingesetzt? Wer hat auf der Seite der Kapp-Putschisten gestanden, wer hat mit einem Generalstreik (vorerst) die Republik gerettet? Stand nicht der Feind der Republik von Anfang an rechts (Joseph Wirth)?

- Knabe verrät dem Leser: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hätten die Saat der Gewalt ausgebracht, deren Opfer sie dann selbst geworden seien: "Die KPD nutzte den Tod der beiden, um sie zu Märtyrern der kommunistischen Bewegung zu stilisieren." Seit den zwanziger Jahren pilgern Zehntausende zu den Gräbern, für Knabe ein "verlogenes Ritual", das die PDS und die Linkspartei nach 1990 fortsetzten. Noch jetzt würden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als "Säulenheilige" ge-

feiert. Gehören solche Urteile zum Gebäude der "Wahrheit" oder sind sie Leichenflederei?

- Ein Abschnitt heißt bei Knabe "Totengräber von Weimar", und mancher könnte erwarten, dass er nun mit dem Faschismus und seinen ökonomischen Wurzeln abrechnet. Irrtum! Der Historiker Knabe klagt die KPD und Ernst Thälmann an, die Schuld am Untergang der Weimarer Republik zu tragen. Einige seiner Thesen: Ernst Thälmann sei "williges Werkzeug" Stalins gewesen: "Thälmanns Politik trug ... entscheidend dazu bei, Hitler an die Macht zu bringen." Die NSDAP und die KPD seien "feindliche Brüder" gewesen. Knabe schnipselt willkürlich Zitate, vor allem aus Reden Thälmanns, zusammen, um ihn zum bösen Buben zu machen. Er sagt kein Wort über das Bündnis von Nazi-Partei, Wehrmacht, bürgerlichen Parteien und Reichspräsidenten mit dem Ziel, Hitler an die Macht zu hieven. Thälmann hat gegen dieses Bündnis kandidiert, die SPD hat zur Wahl Hindenburgs aufgerufen, der Hitler zum Kanzler berief. Von Harzburger Front, Ermächtigungsgesetz und dem Naziterror gegen die Kommunisten weiß Knabe scheinbar nichts. Die Alliierten haben offensichtlich in Nürnberg Unschuldige verurteilt und gehenkt.

- Knabe offenbart seinen zügellosen Hass gegen alles, was links erscheint, auf den Seiten, auf denen er dem "Thälmann-Kult" der PDS und Linkspartei besonders penetrant nachgeht.

Er lässt auch an den vierzig Jahren DDR kein gutes Haar. Er folgt den staatlich verordneten Lügen. Aus der Fülle der möglichen Beispiele wähle ich eines aus: "Nachdem (1952, H. S.) Stalins Pläne, ganz Deutschland unter seine Kontrolle zu bringen, gescheitert waren, sollte die DDR zu einem Bollwerk gegen den Westen ausgebaut werden." Wo sind je die Pläne Stalins gefunden worden, deren Existenz Knabe behauptet? Wurde nicht, wofür z. B. Adenauer und Strauß Kronzeugen sind, in den fünfziger Jahren die NATO als "Bollwerk gegen die kommunistische Gefahr" aufgebaut? Folgt nicht die Jahre der gegenseitigen atomaren Abschreckung, bei deren Versagen die Deutschen beiderseits der Elbe im atomaren Massengrab "vereint" worden wären? Womöglich hat es die Politik der Entspannung (peaceful change) nicht gegeben?

Es gibt im ersten Kapitel auch einige Passagen, die sich Linke genau ansehen sollten. So behauptet Knabe u. a., dass der "Antistalinismus", den Michael Schumann und die Seinen 1990 zur politischen Hauptkampflinie erhoben, ein "alter Trick kommunistischer Parteifunktionäre" gewesen sei. Indem sie die Mängel im System Stalin zuschrieben, machte sie ihn zum Sündenbock und konnten so von ihrem Versagen ablenken.

Das zweite Kapitel trägt die Überschrift "Politik". Es beginnt mit einem kurzen Blick auf den Parteitag der Linkspartei in Cottbus im Mai 2008. Das ist einerseits der "Aufhänger", um die Geschichte der "Erben Honeckers" zu resümieren, andererseits die Gelegenheit, Breitseiten auf Oskar Lafontaine, Gregor Gysi und ihre Mitstreiter abzuschießen. Auch dieses Kapitel sprüht vom Hass Knabes, nicht von überzeugenden Fakten. Der Leser findet u. a. Urteile wie dieses: "Niemand kam damals (1990 H. S.) auf den Gedanken, einen Verbotsantrag zu stellen, wie das regelmäßig für die NPD gefordert wird." Knabe setzt also die PDS der NPD gleich. Dass er das Verbot der NPD wünscht, sagt er nicht, aber die PDS hätte nach seiner Ansicht 1990 verboten werden müssen. Genügen Fragen, um das Groteske seines Anliegens sichtbar zu machen? Wurde nicht im politischen Prozess der "Wiedervereinigung" die PDS aus innen- und außenpolitischen Gründen "Partner" auch für die Kohl und Schäuble? Hätte die "Blockflöte" Lothar de Maizière sofort nach der Märzwahl 1990 die Partei seines Freundes Gregor Gysi verbieten können und wollen? Hätte die Kohl-Regierung

das Ende 1990 nachholen können? Wie hätte denn Knabe die früheren SED-Mitglieder ohne die PDS in den "Einigungs"-Prozess "integrieren" wollen?

Im zweiten Kapitel nimmt "Der Milliardenchatz" der SED einen großen Platz ein. Knabe probiert sich als Vermittler, der Spuren sucht. Er sucht den Verbleib des Vermögens der SED. Für ein langjähriges Mitglied der SED, das zur Bildung des Partei Vermögens beigetragen hat, handelte es sich damals um den Raub des Vermögens der SED/PDS. Es war nicht gebildet worden, um es Abzockern aus dem Westen in den Rachen zu werfen. Die Blockparteien nahmen ihr Vermögen in ihre West-Parteien mit. Für Knabe sind die Auseinandersetzungen um das Vermögen erneut eine Gelegenheit, um Gregor Gysi anzuschwärzen.

Erstaunlich ist, dass der Autor penibel auflistet, über welche Gelder die Abgeordneten der Linkspartei verfügen, obwohl es sich bei den Diäten nicht um eine Besonderheit dieser Partei handelt. Das System der Bestechlichkeit und der Korruption in der BRD findet kein Wort der Kritik. Wer im Glashaus sitzt ...

Ein Satz Knabes dürfte wohl Bestand haben: "Die Strategie, sich als Ostpartei zu profilieren, war für die PDS ein voller Erfolg."

Der Autor titelt einen Abschnitt "An der Macht". Gemeint sind die Regierungsbeteiligungen von Linken in Landesparlamenten. Die Überschrift ist ein Täuschungsmanöver. Erstens bedeuten Ministersitze für Linke nicht ein Jota Machtveränderung. Zweitens haben sie der Linkspartei, vor allem in Berlin, Wählerstimmen gekostet.

Hubertus Knabe erspart es dem Leser nicht, die Sicherheitsrisiken zu prüfen, die er von der Politik der Linkspartei ausgehen sieht:

- Die Linkspartei gefährde das NATO-Bündnis, das Deutschland ein halbes Jahrhundert Frieden und Sicherheit beschert habe. (Gab es denn nicht auch den Warschauer Vertrag und das atomare Patt?)
- Sie widersetze sich Kriegen, auch denen mit "UNO-Mandat". (Ist Deutschland nicht durch Völkerrecht und Grundgesetz zum Frieden verpflichtet?)
- In der Linkspartei gäbe es "Antizionismus" und "Hasstiraden gegen den israelischen Staat". (Sind Hinweise auf die Völkerrechtsbrüche Israels Hasstiraden?)

Man muss nicht August Bebel sein, um zu finden, in welche Ecke Knabe die Linken treiben möchte.

Das dritte Kapitel trägt die Überschrift "Personal". Es handelt sich im Text um Schnipsel aus Biographien von Politikern der Linken: Oskar Lafontaine und Angela Marquardt, Gregor Gysi und Diether Dehm, Katja Kipping und Dietmar Bartsch. Knabe hält den Sack parat, in dem sie alle Platz haben. Hier ist nicht der Platz, um ins Detail zu gehen. Der Leser dürfte folgern: So ungeniert stülpt sich wohl kaum ein zweiter die Robe des Staatsanwalts und Richters über, um integre Bürger hemmungslos zu denunzieren. Eine seiner Behauptungen ist bemerkenswert: "Keine andere Partei betreibt ihre Personalpolitik so nach Marketing-Gesichtspunkten wie DIE LINKE:"

Warum schrieb Knabe dieses Pamphlet? Ist es nur sein Hass auf alles "Kommunistische"? Spielt er nur seine Rolle als "Hofhistoriker", die Schiller verabscheut hat? Oder ist es auch Furcht vor der Zukunft des Kapitalismus? Knabe konstatiert: "Die Zeiten bundesrepublikanischer Idylle dürften endgültig zu Ende gehen." Er vermutet im "Epilog": "Es wird nicht leicht sein, das Gespenst des Kommunismus zu verscheuchen." Damit verrät er den Zweck seines Buches, aber er übersieht, dass das schon viele vor ihm versucht haben - einer hieß Adolf Hitler.

Ob der Knabe als "moderner" Don Quichotte mit seiner rostigen Lanze Antikommunismus Deutschen einen Dienst erweist, ist zweifelhaft.

Anmerkung

1 Hubertus Knabe: Honeckers Erben. Die Wahrheit über die Linke, Propyläen-Verlag 2011, 22,90 Euro

**Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen
Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE**

Veranstaltungen im Jahre **2012**

- | | |
|----------------------------|--|
| Donnerstag,
19. Januar | Befreiung oder Versklavung? Polnische Sichten auf die Befreiung vom Faschismus 1944
Einführung: Prof. Dr. Eckart Mehls |
| Donnerstag,
16. Februar | Militärpolitische Aspekte des Kalten Krieges und sein deutscher Schauplatz
Einführung: Generalmajor a. D. Hans-Werner Deim |
| Donnerstag,
15. März | 1952: Bereitete Bonn den Anschluss der DDR vor?
Einführung: Prof. Dr. Siegfried Prokop |
| Sonnabend,
31. März | 42. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:
Hätte die faschistische Diktatur in Deutschland verhindert werden können?
Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte <i>Undine</i> , Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U.Bhf. Berlin-Lichtenberg)
Beginn: 10.30 Uhr |
| Donnerstag,
19. April | Wie die Remilitarisierung der BRD begann
Einführung: Dr. sc. Lothar Schröter |
| Donnerstag,
10. Mai | Antifaschistische Aktion 1932 und heute
Einführung: Prof. Dr. Heinz Karl |
| Sonnabend,
9. Juni | 43. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:
Sozialismus in Deutschland? 60 Jahre nach der 2. Parteikonferenz der SED. Erfahrungen und Lehren
Tagungsort wie am 31. März
Beginn: 10.30 Uhr |

- Donnerstag,
21. Juni Wohin geht Lateinamerika?
Einführung: André Scheer
- Donnerstag,
13. September Vietnam - Geschichtliches und Aktuelles
Einführung: Helmut Kapfenberger
- Sonnabend,
29. September 44. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:
Sozialisten im Kampf um den Frieden (100 Jahre nach dem
Internationalen Sozialisten-Kongress in Basel 1912)
Tagungsort wie 31. März
Beginn: 10.30 Uhr
- Donnerstag,
18. Oktober Die Notstandsgesetze - ein Damoklesschwert
Einführung: Hans Canjè
- Donnerstag,
15. November November 1932: Wird Hitler gestoppt?
Einführung: Prof. Dr. Heinz Karl
- Donnerstag,
6. Dezember Sowjetunion und postsowjetisches Russland - ihre Rolle
In der Welt
Einführung: Prof. Dr. Anton Latzo

Die Donnerstag-Veranstaltungen beginnen jeweils um 16.00 Uhr. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079
Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574

Einladung

In Berlin findet am

Sonnabend, dem 31. März 2012

eine **Konferenz** zum Thema

Hätte die faschistische Diktatur in Deutschland verhindert werden können?

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*
Hagenstr. 57
(Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

Vorträge:

Prof. Dr. Heinz Karl (Berlin)

Faschisierung und antifaschistischer Abwehrkampf

Dr. Ulrich Schneider (Kassel)

Antifaschismus heute. Aktualität geschichtlicher Kampferfahrungen

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574

